Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 82. Dienstag, den 7. April 1914. 21. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Kritik am Reichstag.

Von den drei großen Kulturstaaten Europas ist England der einzige, in dem sich das parlamentarische System einer fast unangefochtenen Herrschaft erfreut. Dem englischen Volk ist durch jahrhundertelange Gewöhnung der Gedanke der Parlamentsherrschaft in Fleisch und Blut übergegangen, und darum hat er auch unerschüttert die kurze, heftige Krise überstehen können, die ihm eben erst durch die konservative Offiziersrevolte bereitet worden ist. In Frankreich dagegen wie in Deutschland findet der Parlamentarismus heftige Widersacher in jenen äußersten Reaktionären, die in einer bureaukratisch verwalteten, militärisch beherrschten Monarchie ihr Staatsideal erblicken, wobei freilich der Unterschied zu bemerken ist, daß dieses reaktionäre Ideal in Deutschland seine fast restlose Verwirklichung findet, während in Frankreich nur eine kleine Schar hoffnungsloser Narren darum kämpft.

Hier wie dort aber finden die Gegner des parlamentarischen Systems einige Unterstützung in der Volksstimmung, die auf den hart erkämpften, mühsam verteidigten Parlamentarismus Hoffnungen gestellt hat, denen oft Enttäuschung gefolgt ist. Um diese Stimmung zu schüren, machen die Reaktionäre Frankreichs die bestehende Staatsform für jene Fäulniserscheinungen der kapitalistischen Korruption verantwortlich, an denen alle modernen Staaten leiden, die aber in der jüngsten Krise Frankreichs zu besonders krassem Ausdruck gelangt sind. In derselben Absicht klagen unsere Reaktionäre über den deutschen Reichstag, der seine Zeit mit vielen Reden vertue, während wichtige Gesetzentwürfe unerledigt liegen blieben.

Dieselbe reaktionäre Presse, die für die immer wieder hinausgeschobene Statthalter-Ernennung in Elsaß-Lothringen kein Wort der Kritik hat, dieselbe reaktionäre Presse, die sonst vor überstürzter Gesetzgeberei warnt, über massenhafte Gesetzesproduktion jammert, weiß sich jetzt vor Schmerz gar nicht zu lassen über die „Unfruchtbarkeit des Reichstags“, der das Sonntagsruhegesetz, das Konkurrenzklauselgesetz und andere Gesetzentwürfe noch immer nicht erledigt hat. Jetzt tut sie auf einmal, als könnte es mit der Gesetzmacherei gar nicht schnell genug gehen. Es kommt ihr eben nicht darauf an, sachliche Kritik zu üben, sie will nur dem verhaßten Reichstag eins am Zeuge flicken.

Nun ist gar nicht zu leugnen, daß in der Gesetzgebung des Reichstags eine Stockung eingetreten ist. Fraglich ist nur, wer an dieser Stockung die Schuld trägt und ob sie wirklich als ein so großes Unglück zu betrachten ist. Der Reichstag könnte mit seinen Arbeiten schon viel weiter sein, wenn sich die Regierung dazu bequemt hätte, ihn — wie dies von der Sozialdemokratie immer verlangt wird — früher einzuberufen. Die ungebührlich lange Ausdehnung der großen Sommerferien trägt an der eingetretenen Stockung die Hauptschuld. Dazu kommt der unbeugsame Widerstand, den die Regierung den meisten Verbesserungsvorschlägen des Reichstags entgegensetzt. Sie will, daß das Parlament ihr die Gesetzentwürfe, so schlecht wie es sind, unverändert apportiere — wenn aber der Reichstag das nicht tut, so ist das auch noch lange kein Nationalunglück, denn besser als ein schlechtes Gesetz ist gar keins. Jedenfalls aber wird mit dem Hin und Her der Verhandlungen, das meist mit dem Umfall der bürgerlichen Parteien endet, wieder eine Menge Zeit verloren.

Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß der Parlamentarismus, zumal in der Form, wie er im deutschen Reichstag zutage tritt, ein unfehlbarer und vollkommener Apparat sei. Er leidet an einer falschen Regelung des Diätenwesens, die geradezu eine Prämie auf den verfrühten Abbruch der Sommersession setzt. Er leidet an dem Mangel einer festen Führung, da weder die Regierung über eine sichere Mehrheit verfügt, noch sonst eine dauernde Mehrheit besteht, die an dem gedeihlichen Fortschritt der Geschäfte interessiert ist. Die Unmöglichkeit, eine fruchtbare Initiative zu entwickeln, wirkt lähmend auf den Arbeitseifer der Abgeordneten. Daraus entsteht dann die oft beklagte „Vielrednerei“. Wenn der Reichstag unbrauchbar ist als Apparat zur Hervorbringung nützlicher Gesetze, dann behält er nur Wert als die freie weithin sichtbare Tribüne, von der aus der Abgeordnete die Ideen seiner Partei ins Volk tragen kann. Wer die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion objektiv verfolgt, der wird finden, daß diese Fraktion sehr haushälterisch mit der Zeit und sehr sparsam mit Worten sein kann, wenn es gilt, einen gesetzgeberischen Fortschritt zu verwirklichen. Ohne Debatte, gleichsam im Handumdrehen, sind zum Beispiel die bekannten Milderungen des bürgerlichen wie des militärischen Strafgesetzbuches beschlossen worden. Man gebe der Sozialdemokratie öfter Gelegenheit, nützliche Reformen durchsetzen zu helfen, und man wird sehen, wie sie dann alles daran setzen wird, den Gang der Verhandlungen zu beschleunigen. Aber dann wird freilich die reaktionäre Presse wieder über „Automobiltempo“ klagen.

Wenn nun auch die Machtverteilung zwischen Reichstag und Regierung wie die Parteigruppierung im Reichstage selbst die Hoffnung auf eine Gesetzgebungsperiode von schöpferischer Großzügigkeit zurzeit ausschließt, so hat die Sozialdemokratie doch ein lebhaftes Interesse daran, den parlamentarischen Apparat nicht verrosten zu lassen. Jede Schwächung des Reichstags, jede Minderung seines Ansehens im Volke bedeutet unter den gegebenen Umständen eine Stärkung des Absolutismus und der Bureaukratie. Darum liegt es der sozialdemokratischen Fraktion ob, keine Klagen über schleppenden Gang der Verhandlungen aufkommen zu lassen und nach Kräften für eine glatte Erledigung der Geschäfte zu sorgen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Liberale Wahlrechtsverkümmerer.

Im Winter 1912/13 waren Hunderte von Arbeitern und Handwerkern der Union-Gießerei in Königsberg 22 Wochen ausgesperrt. Um nicht das Kommunalwahlrecht zu verlieren, beantragten die Ausgesperrten, ihnen während des Kampfes die Steuer zu erlassen. Die Veranlagungskommission befreite die Ausgesperrten auch von der Zahlung der Einkommensteuer für die Zeit vom 1. November 1912 bis 31. März 1913. Dem Wahlbureau wurden die Namen derjenigen mitgeteilt, denen die Steuer erlassen worden war und daraufhin verweigerte die Stadtverwaltung 252 Wählern die Aufnahme in die Wählerliste. Der Einspruch der Ausgeschlossenen wie der Protest der sozialdemokratischen Fraktion nützten nichts, die liberale Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung lehnte die Aufnahme jener Arbeiter in die Wählerliste ab mit der Begründung, das die Wähler „die sie betreffenden Gemeindeabgaben“ nicht bezahlt hätten. Dieser partielle Wahlrechtsraub nützte freilich den Liberalen nichts, denn die Sozialdemokratie siegte trotzdem. Es wurde aber gegen den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung das Verwaltungsstreitverfahren eingeleitet. Am Sonnabend den 4. April hat nun der Königsberger Bezirksausschuß entschieden, daß die Wähler in die Wählerliste hätten aufgenommen werden müssen. Begründend wird ausgeführt: Jeder Preuße erwerbe das Bürgerrecht in der Gemeinde, in der er ein Jahr lang die ihn betreffenden Gemeindeabgaben bezahlt habe. Die Arbeiter hätten vorher ihre Steuern bezahlt, sie hätten es nachher getan, sie hätten nur in der Zeit keine Steuern gezahlt, für die sie ihnen erlassen waren. Erlassene Steuern können aber überhaupt nicht mehr als Steuern gerechnet werden und deshalb müßten jene Wähler in die Liste aufgenommen werden.

Es charakterisiert den ostpreußischen Liberalismus, daß die Gewährung staatsbürgerlicher Rechte erst von ihm auf dem Klageweg erzwungen werden muß.

Die nationalliberalen Bedingungen für ein Zusammengehen mit den Konservativen.

Der nationalliberale „Deutsche Kurier“ veröffentlicht einen Leitartikel betitelt „Die Konservativen und wir“, in dem Amtsgerichtsrat Dr. W. Lohmann, Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, untersucht, unter welchen Bedingungen die Nationalliberalen dem Sammelruf der Konservativen im Kampfe gegen die Sozialdemokratie folgen können. Er kommt dabei zu folgendem Resultat: „Die Geneigtheit der nationalliberalen Partei, mit den bürgerlichen Parteien nationale Sammelpolitik zu treiben, würde durch die Mitwirkung des Zentrums nicht ausgeräumt werden — sofern das Zentrum Selbstbeschränkung zu üben vermag und nicht unerfüllbare Forderungen an den modernen paritätischen Staat stellt. Es gibt aber gewisse andere Bedingungen, deren Erfüllung durch die Konservativen als unumgängliche Voraussetzung unseres Zusammenarbeitens mit ihnen gefordert werden muß .... Einmal: Die direkte oder verblümte Anzweiflung der nationalen Zuverlässigkeit der nationalliberalen Partei muß ein für alle Mal ausgeschlossen sein .... Und dann: Der politische Kampf der Konservativen und der nationalliberalen Partei hat sich, soweit amtliche Stellen oder autoritative Mitglieder in Betracht kommen, jeder Gehässigkeit oder Verletzung der wechselseitig geschuldeten Achtung zu enthalten .... Und endlich: Es ist unzulässig, die bestimmte amtliche Erklärung der nationalliberalen Partei anzuzweifeln, daß sie entschlossen sei, die Wirtschaftspolitik des Schutzes der nationalen Arbeit fortzuführen. — Wenn diese gewiß billigen Bedingungen erfüllt werden, wird die nationalliberale Partei der notwendigen Sammelpolitik im nationalen Interesse sich nicht versagen.“

Das sind wirklich billige Bedingungen. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie kann also beginnen. Ja, wenn der nur auch so einfach geführt werden könnte, wie er beschlossen wird!

Der Monist als Stadtrat und das übereifrige reußische Ministerium.

Wie schon gemeldet, hat das Ministerium von Reuß j. L. die Wahl eines bürgerlichen Stadtrates nicht bestätigt, weil dieser sich zum Monismus bekennt. Die Begründung sagt wörtlich:

„Ueber die aus der Berufsstellung des Gewählten hergeleiteten Bedenken kann hinweggegangen werden, auch mag es dahin gestellt bleiben, ob die Tatsache allein, daß Hartmann sich als Monist bekennt, also außerhalb der bestehenden Religionsgesellschaften steht, ihn zum Mitgliede eines Gemeindevorstandes ungeeignet macht. Denn selbst wenn die Verneinung dieser Frage sich mit der gesetzlich anerkannten Religionsfreiheit begründen ließe, so liegt hier der Fall wesentlich anders, da Hartmann nicht nur Monist ist, sich nicht mit seiner atheistischen Gesinnung genügt, sondern angriffsweise und agitatorisch gegen die christlichen Religionsgesellschaften vorgeht.

Dies hat er sogar noch nach seiner Wahl zum Stadtratsmitglied in einer am 7. Februar d. Js. in Gera abgehaltenen öffentlichen Versammlung der Monisten getan, er ist in dieser als Redner aufgetreten und hat unter Bekämpfung der in letzter Zeit im Fürstentum auf religiösem Gebiete erfolgten und geplanten gesetzlichen und behördlichen Maßnahmen zum Austritt aus der Kirche aufgefordert und sich dadurch in besonderer Weise an der zurzeit von den Kirchengegnern aufs heftigste geschürten Austrittsbewegung beteiligt.

Die evangelisch-lutherische Kirche ist in Reuß j. L. Landeskirche .... und die Bedürfnisse der Kirchengemeinde sind aushilfsweise durch die politische Gemeinde aufzubringen. Es sind daher unmittelbar und auch mittelbar Staatsbehörden in mehreren Beziehungen zu Maßnahmen im Interesse der evangelisch-lutherischen Kirche verpflichtet und es kann nicht Mitglied einer solchen Behörde sein — als bloßer Staatsbürger kann er ja tun, was ihm beliebt — wer dieser Landeskirche nicht nur ablehnend gegenübersteht, sondern sie sogar öffentlich bekämpft. Es ist deshalb nunmehr eine anderweite Wahl vorzunehmen ....“

Soweit das reußische Ministerium. Nun stellt sich aber heraus, daß das Ministerium mit dieser famosen Begründung obendrein noch fürchterlich hineingefallen ist. Denn was es auf das Konto des Rechtskonsulenten Wilhelm Hartmann setzt, hat der Zigarrenarbeiter Paul Hartmann auf dem Kerbholz. Es liegt also eine glatte Personenverwechslung vor. Unsere Genossen wurden deshalb beim Ministerium vorstellig und erhielten die Zusage, daß die Angelegenheit nochmals erörtert werden würde. Man darf wohl gespannt sein, wie sich das übereifrige Ministerium aus dieser Zwickmühle befreien wird.

Konservativ-nationalliberaler Zank um die kapitalistische Verseuchung.

Die „Süddeutsche Konservative Korrespondenz“ hat kürzlich erzählt, in welchem Maße sich die Aufsichtsratsstellen bei liberalen Politikern häufen, wie der Multimillionär Kaempf mit einigen anderen Gesinnungsgenossen das Defizit von 180 000 Mark eines freisinnigen Blattes zahlt und der Abg. Bassermann, das 13fache Aufsichtsratsmitglied, von seinem Einkommen 120 000 Mark für die Partei opfert, woraus sich sein überragender Einfluß in der nationalliberalen Partei erkläre.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ zögert nicht, den Konservativen nun ihre kapitalistischen Sünden vorzuhalten:

„Viel näher würde es aber für das konservative Organ liegen, sich mit den „großkapitalistischen“ Dingen im eigenen Lager zu befassen. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat nach Bezahlung aller Dividenden usw. noch 84 000 Mark an Vorstand und Aufsichtsratsmitglieder verteilt, und das nach einer Dividende von 10 Prozent, ein Satz, den der konservative Generalsekretär Kunze als unerhört — bei anderen Gesellschaften natürlich — bezeichnet hatte. Vielleicht äußert sich das konservative Organ auch einmal auf die Behauptung des Stuttgarter „Beobachters“, daß der Bund der Landwirte und seine leitenden Personen nach Millionen und Abermillionen in Kaligewerkschaften finanziell beteiligt sind, und daß sie Geschäftsleuten für gelieferte Arbeiten statt Bargeld Obligationen, z. B. von Belsdorf, in Zahlung

haben, die heute kaum zu 64 % anbringlich sind. Das sind doch genug Dinge, mit denen sich die unentwegten Gegner des Großkapitals eigentlich beschäftigen müßten, ansonsten man ihnen sagen muß, daß ihre ganze moralische Entrüstung ödeste parteipolitische Klopffechterei ist."

Wie „gute" Wahlen gemacht werden.

In der Gemeinde Freisenbruch bei Bochum terrorisierte die Verwaltung der Zeche „Eintracht-Tiefbau" bei den Gemeinderatswahlen seit Jahren die von ihr abhängigen Wähler wie die den Zechenkandidaten entgegengestellten bürgerlichen und Arbeiterkandidaten. So wurde einem bürgerlichen Kandidaten, Spezereiwarenhändler, die Existenz genommen, indem eine Verkaufsstelle des Zechenkonsumvereins in einem nebenan liegenden Hause eingerichtet und von den Zechenbeamten und Arbeitern verlangt wurde, fortan nur im Zechenladen zu kaufen. Bei der letzten Wahl (im November 1913) sagte der Obersteiger Wilhelm Hunscher am Tage vor der Wahl zu den Arbeitern: Ich bin beauftragt, Ihnen zu sagen, daß Sie morgen den Betriebsführer Hirschfeld zu wählen haben und wenn Sie das nicht tun wollen, dann werden Sie gekündigt." Einige Steiger haben den ihnen gewordenen Auftrag zwar in der Form etwas milder, dem Sinne nach aber genau so strikte ausgeführt. Es ist den Wählern, die Arbeiter der Zeche „Eintracht-Tiefbau" sind, gesagt worden: „Wenn Sie dem Betriebsführer Hirschfeld Ihre Stimme nicht geben, dann haben Sie die Folgen zu tragen, bedenken Sie aber, daß diese schwer sein können." Man hat die Arbeiter aus der Grube geholt und sie zum Wahllokal geführt und sie auf Kommando den Zechenkandidaten wählen lassen, wie das auf vielen Zechen und Werken des westfälischen Industriegebiets so gemacht wird. Jetzt hat sich die Gemeindevertretung, einschließlich des Gemeindevorstehers und dessen Stellvertreters, im ganzen vier Zentrumsleute, zwei Liberale und ein Sozialdemokrat in einer Eingabe an den preußischen Landtag, an die Fraktionen des Reichstags und an den Minister des Innern gewandt und unter Hinweis auf diesen Terror die Notwendigkeit der Einführung der geheimen Wahl begründet. Es heißt in der Eingabe:

„Wenn der Wähler befürchten muß, wegen seiner Abstimmung Arbeit und Brot zu verlieren, dann wird er seine Entschließung nicht nach bestem Wissen und Gewissen treffen können, sondern dann wird er als Höriger dem Kommando derer folgen, deren Brutalität er ausgesetzt ist. Die Wähler der zweiten Abteilung, die in der Hauptsache dem Terorismus ausgesetzt sind, sind Bürger der Gemeinde, die vielfach mit Haus und Grundbesitz an dem Wohl und Wehe der Gemeinde interessiert sind. Dieses Interesse an der Entwicklung und dem Schicksal der Gemeinden ist mindestens ebenso groß als das Interesse des Grubenkapitals, welches, wenn sich anderswo eine bessere Verzinsung bietet, ohne Rücksicht auf das Wohl der Gemeinden auswandert und die Betriebsstätte zum Stillliegen bringt." Zum Schluß heißt es dann: „Wenn bei dieser Tendenz auch noch die Gesetzgebung ermöglicht, daß durch den hier geschilderten Terrorismus die Zusammensetzung des Gemeindekollegiums nichts anderes ist als eine Interessenvertretung des Industriekapitals, dann kann an eine gedeihliche Entwicklung der Gemeinde nicht mehr gedacht werden. Dann kann aber auch von Bürgerrecht und Bürgerfreiheit im preußischen Vaterlande nicht mehr die Rede sein."

Diese Eingabe ist gleichzeitig eine treffende Kritik der nationalliberalen und Zentrums-Partei, deren Politik solche Zustände möglich macht. Die bürgerliche Presse unterschlägt mit wenigen Ausnahmen diese Tatsachen, weil der direkte oder indirekte Einfluß des Zechen- und Industriekapitals bis in die bürgerlichen Redaktionen hineinreicht.

Bassermann mahnt zur Einigung.

In der „Köln. Zeitung" nimmt Bassermann das Wort zu den Einigungsbestrebungen in der nationalliberalen Partei. Er versichert, niemals habe er einen so festen Willen zur Einigkeit und Geschlossenheit empfunden, wie in der letzten Sitzung des Zentralvorstandes: „Der feste Wille des Zusammenbleibens mag den Wünschen des „Berliner Tageblatts" und mancher konservativer Gebärdenspäher unerwartet gekommen und nicht wünschenswert sein. Die Spekulation auf die sogenannte reinliche Scheidung der rechts- und linksstehenden Elemente muß endgültig begraben werden. Wir haben weder Lust, demokratisch noch konservativ zu werden. Die Beschlüsse des Zentralvorstandes schieben die Partei weder nach rechts, noch nach links, sondern vorwärts. Wir bleiben, was wir sind."

Den Konservativen wirft Bassermann politische Ungezogenheit vor, weil sie die nationale Gesinnung der Nationalliberalen in Zweifel ziehen. Die Einseitigkeit der Konservativen, die sich immer mehr zu einer Klassenpartei rein agrarischen Charakters umgewandelt hätten, passen nicht mehr für das in glänzender Aufwärtsentwicklung befindliche Deutschland. Er schließt seinen Artikel mit Mahnungen zur Einigkeit und warnt die nationalliberale Presse, die inneren Differenzen nicht noch zu verschärfen:

„Leider macht man oft auch die Erfahrung, daß mancher, der in seiner Jugend sehr radikal oder sehr jungliberal war, sich im Alter als rechtsgerichteter Schriftsteller betätigt, und gerade seine frühere Richtung besonders intensiv bekämpft, wie man umgekehrt in der radikalen Presse Federn findet, die, ihre nationalliberale Vergangenheit verleugnend, heute unsere Mittelpartei aufs schärfste bekämpfen. Alle diese kaleidoskopartigen Erscheinungen des modernen politischen Leben geben ein falsches Bild. Die überwältigende Menge unserer Parteifreunde will in Frieden unter sich leben und ist der Meinung, daß es so viel Stoff gibt, der außerhalb unseres eigenen Parteilebens liegt, daß wir uns selbst gegenseitig die Federn nicht auszurupfen brauchen."

Bassermann hat freilich alle Ursache zu solchen Mahnungen, wenn er Frieden haben will, aber nützen werden sie nichts. Der Vorstand des Landesverbandes der württembergischen Jungliberalen hat eben erst wieder beschlossen, unter keinen Umständen ihre eigene jungliberale Organisation aufzugeben. Es wird also noch vieler Reden und Mahnungen Bassermanns bedürfen, bevor „der Wille zur Einigkeit" sich in die Tat umsetzt.

Das Elend der bayerischen Landlehrer.

Die bayerischen Landlehrer leiden unter großem wachsenden Elend. Alle Besserungshoffnungen scheiterten bisher an dem Widerstand des Zentrums, dem sich die Regierung beugte. Die traurige Lage der Landlehrer steht in schroffem Gegensatz zu dem bequemen Leben der Landgeistlichen, für deren Aufbesserung der bayerische Staat jährlich 6 Mill Mark Zuschüsse zahlt, ohne eine Abrechnung darüber zu fordern, ob die Vorbedingung der Staatszuschüsse erfüllt ist, ob nämlich die eigenen Pfründen der Pfarrstellen weniger als 2400 Mk. einbringen. Gegenwärtig beträgt das eigene Vermögen der bayerischen Pfarrstiftungen 156 Millionen Mark, 100 Millionen Kapitalien und 42 700 Hektar Land. Das bayerische Wochenblatt weist eben in einer Sonderbeilage nach, daß die Einkünfte der Pfründen viel zu niedrig angegeben sind einerseits, um gesetzwidrig Staatszuschüsse zu erhalten, andererseits um Steuern zu hinterziehen. So werden z. B. bei den Stolgebühren die Einnahmen der Geistlichen erheblich niedriger eingesetzt als die den Lehrern zustehenden Entschädigungen für Kirchendienste. Auch in dieser Session wurden im Etat nur ganz unzureichende Aufbesserungen für die Landlehrer eingesetzt. Als im November v. Js. um die Zivilliste gekämpft wurde, war es der Vorsitzende des bayerischen Lehrervereins, der liberale Abg. Schubert, der damals für das lehrerfeindliche Ministerium Hertling und für die Erhöhung der Zivilliste stimmte mit dem ausgesprochenen Zweck, den König für die Lehrer zu gewinnen. Dieser Tage erschien der Vorstand des Lehrervereins beim König, um ihm Vortrag über die jämmerliche Lage der Landlehrer zu halten. Ueber das Ergebnis dieses Besuches wurden nur inhaltlose aber höchst merkwürdige Notizen veröffentlicht. Jetzt erfährt die „Münchener Post" näheres über die Vorgänge bei dieser Audienz. Unser Parteiblatt berichtet:

Nachdem die Vertreter des Lehrerstandes die Notlage der Landlehrer geschildert hatten, meinte der König, es gäbe auch Stände, die in größerer Notlage wären, z. B. Kleingütler, Arbeitslose usw., im übrigen können sich gerade die Lehrer auf dem Lande vieler Geschenke von seiten der Bevölkerung erfreuen. Er glaube, daß die Notlage der Landlehrer doch nicht so trostlos wäre, wie sie eben von der Deputation geschildert wurde. Nach diesen Ausführungen sah sich selbst der anwesende Kultusminister veranlaßt, dem König mit folgenden Worten entgegenzutreten: „Majestät, es ist wirklich so, wie die Herren geschildert haben."

Die Handlungsgehilfen und die Konkurrenzklausel.

Eine Meldung bürgerlicher Blätter besagt, daß die Mehrheit der organisierten Handlungsgehilfen, welche durch die „Soziale Arbeitsgemeinschaft" vertreten ist, der der „Verband Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig", der „Verein für Handlungskommis von 1858" und der „Verband kaufmännischer Vereine" (Sitz Frankfurt a. M.) angehören, gegenüber dem „Unannehmbar" der Regierung in Sachen der Konkurrenzklausel auf dem Standpunkt steht, daß sie eine Regelung unbedingt ablehnen, welche vorsieht, daß der bestehende Rechtszustand betreffend Klage auf Erfüllung nach den Wünschen der Regierung geändert wird. Der Wunsch der Regierung bedeute eine so große Verschlechterung für die Handlungsgehilfen, daß damit die übrigen Zugeständnisse nicht aufgewogen seien. — Das ist also auch eine glatte Ablehnung des Regierungsvorschlages über die Regelung der Konkurrenzklausel.

Russische Repressalien.

Der Petersburger „Courier" macht, wie aus Petersburg gemeldet wird, Mitteilung von einem angeblichen deutschfeindlichen Schritt der russischen Regierung, den er zuverlässigst erfahren haben will. Danach soll als Folge der deutsch-russischen Preßfehde beabsichtigt werden, daß alle Bestellungen der Ministerien für Wegebauten, des Krieges und der Marine nunmehr England, Frankreich und Belgien übertragen werden. Die Bestellungen, die bereits an Deutschland vergeben waren, sollten rückgängig gemacht und ebenfalls den genannten Staaten überwiesen werden. — Die Nachricht wird vermutlich bald dementiert werden.

Schweden.

Weitere Wahlresultate. Aus Göteborg wird gemeldet: Nach der jetzt beendeten Zählung der Stimmen zur Wahl der zweiten Kammer in der Stadt Göteborg erhielten die Sozialdemokraten 6786, die Verteidigungsfreunde 6660, die Freisinnigen 4675 Stimmen. Gewählt sind drei Sozialdemokraten, zwei Verteidigungsfreunde und zwei Freisinnige. Bei der Wahl im Jahre 1911 wurden drei Gemäßigte, zwei Freisinnige und zwei Sozialdemokraten gewählt. Die Stimmenzahl im Jahre 1912 war folgende: Gemäßigte 4419, Liberale 3711, Sozialdemokraten 3464. Bis jetzt hat im ganzen die Rechte vier Plätze gewonnen und einen verloren, die Linke zwei verloren, die Sozialdemokraten einen gewonnen und zwei verloren, und zwar je ein Mandat in Stockholm und Karlskrona.

Rußland.

Interpellation wegen der Folterungen in der Rigaer Geheimpolizei. Die „Arbeitsgruppe" der Duma hat aus Anlaß der kürzlich vor Gericht festgestellten Folterungen in der Rigaer Geheimpolizei eine Interpellation in der Duma eingebracht, die außer erschütternden Einzelheiten über die Folterpraxis des Henkers Gregus ein erdrückendes Anklagematerial gegen die örtlichen Verwaltungs- und Gerichtsbehörden enthält, die nicht nur mit Gregus zusammen arbeiteten, sondern auch seine inoffizielle „Untersuchung" durch Fälschungen in den Akten zu maskieren suchten.

Balkan.

Der Mbret in Nöten. In Durazzo, der Residenz des Mbret (Fürsten von Albanien), sind aus dem nördlichen Epirus von den albanischen Regierungsbeamten Telegramme eingelaufen, die besagen, daß die albanische Gendarmerie nicht mehr nur Komitatschis, sondern auch aus regulären griechischen Truppen zusammengesetzten Banden gegenüberstehe. Auf seiten der Aufständischen würden Geschütze und Mitrailleusen verwendet, die griechische Artilleristen bedienten. Da die Aufständischen von griechischer Seite fortwährende Verstärkungen erhielten, wagten sie sich, immer mutiger werdend, nunmehr an die größeren Plätze, die die Gendarmerie nur noch mit größter Mühe halten könnte.

Im Hinblick auf die anarchischen Zustände in Südalbanien ließ die albanische Regierung Listen über die zur Bildung einer Miliz verfügbaren Bestände anlegen. Wie verlautet, werden im ganzen Lande alle ehemaligen Redifs vom 29. bis zum 39. Lebensjahre zu einer Kontrollversammlung einberufen. Nachrichten aus Elbassan zufolge eilte der Gouverneur Akif Pascha an der Spitze von 2000 Albanesen dem bedrängten Stammesgenossen in Koritza zu Hilfe.

Laut in Valona eingetroffenen amtlichen Meldungen sind am 1. April, nachts, griechische Banden in Koritza eingeschlichen und haben am 2. April früh versucht, die albanischen Behörden zu überrumpeln. Der Anschlag ist mißlungen. Die albanischen Gendarmen behaupteten die Stadt. Bei den Straßenkämpfen wurde ein holländischer Major verwundet. General Deveer zog Verstärkungen heran, worauf die Aufständischen außerhalb der Stadt die weiße Fahne hißten. Die Bevölkerung der Stadt, die zum Teil den griechischen Banden Hilfe geleistet hatte, wurde entwaffnet.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 7. April.

Achtung, Bauarbeiter! Wegen Differenzen haben alle Maurer auf dem Hochofenwerk ihre Arbeit eingestellt. Zuzug ist deshalb streng fernzuhalten.

Der Zweigvereinsvorstand des Bauarbeiterverbandes.

Achtung, Fabrikarbeiter! Die Arbeiter der Chemischen Fabrik Ahrensbök stehen mit der Firma in Lohndifferenzen. Zuzug ist deshalb fernzuhalten.

Der Sozialdemokratische Verein hält morgen, Mittwoch, abend im Gewerkschaftshaus seine ordentliche Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stehen Abrechnungen, Jahresbericht, Wahlen und die diesjährige Maifeier. Zahlreiches Erscheinen der Genossinnen und Genossen ist dringend erforderlich.

Die Bürgerschaft beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung zunächst unter Ausschluß der Öffentlichkeit mit einem Senatsantrag, von dem das Publikum, soweit es nicht schon jetzt unterrichtet ist, in der nächsten Zeit amtlich Kunde erhalten soll. Ohne größere Debatte gelangten die auf der Tagesordnung stehenden weiteren vier Senatsanträge zur Annahme. Genosse Ehlers rügte es, daß die Ausschachtungsarbeiten für den Bau des Musikpavillons beim Konversationshaus in Travemünde bereits begonnen hätten, bevor die Bürgerschaft der Senatsvorlage ihre Zustimmung gegeben hätte. Senator Dr. Stooß gab das zu, betonte aber, daß deshalb bereits ein Tadel ergangen sei. Herr Grünau glaubte jedoch päpstlicher als der Papst sein zu müssen und erklärte entgegen den Ausführungen des Senatskommissars, die Ausschachtungsarbeiten hätten noch nicht begonnen, sondern die Erde wäre dort nur 2 Zentimeter ausgehoben worden, um den Platz zu kennzeichnen. Das Ausheben von zwei Zentimeter Erde ist aber ein Kunststück, das vielleicht Herr Grünau fertig bringen mag, sonst aber doch nur Heiterkeit erwecken wird. Weiter unterzog Genosse Ehlers das ungehörige Verfahren bei der Einstellung von Arbeitern beim Bau der Puppenbrücke einer Kritik, die Herrn Senator Dr. Stooß Veranlassung geben wird, die Sache zu untersuchen.

Anläßlich der Besprechung der Rückäußerung des Senates bezüglich der Einführung des regelmäßigen Betriebes auf der verlängerten Straßenbahnstrecke in der Kronsforder Allee gab Genosse Stelling dem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck, daß die verlängerte Straßenbahnstrecke nicht für die Allgemeinheit freigegeben worden ist. Er beantragte, den Senat zu ersuchen, daß dort der allgemeine Verkehr möglichst bald aufgenommen werde. Diesen Antrag unterstützte Herr Boie, der gleichfalls betonte, daß dadurch eine erhebliche Verkehrszunahme zu erwarten sei. Mit großer Mehrheit beschloß die Bürgerschaft, das Ersuchen von Stelling an den Senat zu richten. Dem Bürgerausschuß überwiesen wurde nach einer Begründung durch den Antragsteller ein Antrag von Schneider, in welchem der Senat ersucht wird, eine Revision des Gesetzes, betreffend die Pensionierung der Beamten und des Beamten-Hinterbliebenengesetzes in Erwägung zu ziehen. Noch vor 9 Uhr hatte die Bürgerschaft ihre Tagesordnung aufgearbeitet.

Der Osterhase. In den Schaufenstern erblickt man jetzt überall neben den Ostereiern den Osterhasen in allen Formen, Größen, Farben und Gestalten als Osterdekoration. Ein Heidelberger Studierender der Jurisprudenz, der einst in eine hochnotpeinliche Untersuchung verwickelt war, hat sofort bei Beginn seiner Vernehmung erklärt: „Meine Name ist Hase, ich verneine die Generalfragen, ich weiß von nichts." Aus dieser Antwort ist unter Fortlassung der „Generalfragen" das bekannte geflügelte Wort hervorgegangen. Wenn unser gewöhnlicher Hase, der richtige Feld- oder Waldhase, sprechen könnte und wir ihn über die ihm angedichteten Funktionen des Ostereierlegens interpellieren wollten, so würde er uns sicherlich ebenfalls antworten: „Mein Name ist Hase, ich verneine die Generalfragen, ich weiß von nichts."

Die Menschen haben dem Hasen in früheren Zeiten allen Ernstes zugetraut, daß er trotz seiner Zugehörigkeit zu der Klasse der Säugetiere die Kunst des Eierlegens verstände. In einzelnen Raritätenkammern werden noch heute ausgeblasene Eier aufbewahrt, die nach Ansicht der Menschheit einer vergangenen Epoche von Hasen gelegt sein sollten. Dieser Glaube beschränkte sich aber damals nur auf einzelne Gegenden unseres Vaterlandes, wie Schwaben und Hessen. Anderswo war bis vor einigen Jahrzehnten diese Fähigkeit des Hasen gänzlich unbekannt. Erst in der neuesten Zeit wurde der Glaube an den Eier legenden Osterhasen Allgemeingut der Kinder-

welt, und erst in den letzten Jahrzehnten hat sich der Osterhase zu einem allgemein gültigen Ostersymbol entwickelt. Die Stelle, die in der Weihnachtsdekoration der Schaufenster der Weihnachtsbaum und der Weihnachtsmann einnimmt, gebührt jetzt in der vorösterlichen Zeit neben dem Osterei dem Osterhasen. Der Grund, daß diesem ein solches Avancement beschieden gewesen ist, wird wohl darin liegen, daß man neben dem Osterei ein weiteres passendes Ostersymbol vermißt hat.

Mitunter hört man freilich Bedenken nach der Richtung äußern, ob es angebracht sei, den Kindern den Glauben an den Osterhasen beizubringen oder sie darin zu bestärken, da doch solche Anschauungen und Vorstellungen der Natur und der Wirklichkeit direkt widersprechen. Nun, wir dürfen ganz unbesorgt sein; der Glaube an den Osterhasen hat noch keinem Kinde geschadet. Die Kinder kommen früh genug von selbst zu der Ueberzeugung, daß der Osterhase eigentlich ein falscher Hase ist. Sie kommen recht bald dahinter, daß es nicht der Osterhase ist, sondern jemand ganz anderes, der die Ostereier — bei günstigem Osterwetter im Garten, bei ungünstigem Wetter aber in der Wohnung — legt.

Die „Gemeinnützigkeit" des Vereins für Volksversicherung. In der am Sonntag erschienenen Nummer 14 der „Lübeckischen Blätter", Organ der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit, ist folgende die Arbeiterschaft sehr interessierende Feststellung enthalten: „Als im Dezember vorigen Jahres gelegentlich der Budgetberatung die Gewährung einer Beihilfe an den Verein für Volksversicherung aus den Mitteln der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit beantragt wurde, wiesen die Antragsteller darauf hin, daß der Verein für Volksversicherung deshalb gemeinnützig wirke, weil er es sich zur Hauptaufgabe gestellt habe, die im vorigen Jahre gegründete, im sozialdemokratischen Fahrwasser segelnde Volksversicherung „Volksfürsorge" zu bekämpfen. Deshalb wandten sich sogar Mitglieder der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit gegen eine solche Subvention, weil die Gesellschaft nicht politisch wirken und die Gemeinnützigkeit ohne Rücksicht auf politische Parteiverhältnisse geübt werden solle. Mit klaren und dürren Worten ist damit zugegeben worden, daß der Verein für Volksversicherung, an dessen Spitze Senator Dr. Neumann und Rat Dr. Storck stehen, keine gemeinnützigen, sondern politische Zwecke verfolgt. Es ist immer sehr nützlich, wenn das von einer Seite festgestellt wird, die sicherlich nicht im Verdacht steht, der Volksfürsorge oder gar der Sozialdemokratie freundlich gesinnt zu sein. Klarheit ist immer von Nutzen; besonders auch in Rücksicht darauf, daß wahrscheinlich über kurz oder lang der Verein für Volksversicherung Sehnsucht nach der Staatskrippe verspüren wird.

Klassenkampf. Klassenkampf! Wie es den Spießer gruselt bei diesem Worte! Im Geiste sieht er dabei Bomben fliegen und Säbel durch die Luft sausen. Keine Ahnung hat er von dem ewigen Naturgesetz des Kampfes, von der sittlichen Pflicht des Kämpfens der Klasse gegen die Klasse und von der edlen Art des Klassenkampfes. In bitterer Wut und weltfremdem Unverstand sitzt er da, dieser Mensch ohne ein fühlendes Herz und lebendiges Hirn, und ist nicht imstande zu erfassen, daß sich da um ihn herum in dem Klassenkampf ein Kampf abspielt, wie ihn die Welt umfassender und zukunftswertiger noch nie gesehen hat.

Auch früher hat es Kämpfe gegeben, zu allen Zeiten der Erdgeschichte. Der Kampf ist sogar seit jeher die erste Voraussetzung aller Entwicklung gewesen, aber wenn das Wesen des Kampfes auch stets das gleiche war, so war er doch nicht immer von gleicher bedeutungsvoller Art. Von um so größerm Werte für die Entwicklung war der Kampf, je mehr Organisation er aufwies. Als in der Urzeit das eine Wesen das andere bekämpfte, da förderte auch dieser Kampf die Entwicklung durch den Sieg des Zukunftswertigsten. Doch war der Erfolg nicht so groß wie später, als diese und jene Wesen sich verbanden und gemeinsam die anders gearteten bekämpften. Und je größer der Zusammenschluß der Kämpfenden wurde, um so mehr wuchs die Entwicklung.

Wenn nun solche Zusammenschlüsse der Kämpfenden stets bestanden, so waren sie doch wieder zu allen Zeiten zu zersplittert, um entscheidenden Erfolg zu bewirken. Mit dem Kampfe dieser und jener vereinzelten Alliierten, wie z. B der Bauern im Mittelalter, ist's nicht getan. Nur der große, universale Zusammenschluß all der Unterdrückten, die für ihr Recht kämpfen wollen, bringt endgültigen Erfolg. Der moderne Klassenkampf stellt also den Kampf, dieses notwendige Entwickelungsleben, in seiner vollendetsten Form dar.

Und was wird der Erfolg darstellen? Das Natürlichste, das es gibt: Gerechtigkeit. Das unterscheidet den proletarischen Klassenkampf auch so unendlich von allen Kämpfen, die es je gab. Nicht um körperliche Kraft geht es, wie einst, nicht um wirtschaftlichen Egoismus wie heute. Wir kämpfen einen durchgeistigten Kampf. Geistige Werte sind das Endziel unseres Ringens, das Edelste, das die Natur geschaffen.

Wenn das Proletariat sich also zum Klassenkampf zusammenschließt, so wird es damit zum Kulturträger vollendetster Art, und es gibt nichts von durchgreifenderem Wert und tieferm Gehalt als den proletarischen Klassenkampf.

Tödlich verunglückt ist gestern vormittag der Maschinenmeister und Mitinhaber der Bürstenmaschinenfabrik von Kaden & Hansen in der Ernestinenstraße, Herr Kaden. Er geriet, jedenfalls als er an der Hobelmaschine etwas nachsehen wollte, mit dem Kopf zwischen den Hebel und einen in Bewegung befindlichen Bolzen, wobei ihm der Schädel zertrümmert wurde, sodaß der Tod auf der Stelle eintrat.

Ein Auto verbrannt. In der Nacht zum Sonnabend geriet in der Israelsdorfer Allee infolge von Kurzschluß das Auto eines hiesigen Einwohners in Brand. Der obere Teil wurde durch das Feuer völlig vernichtet.

Saatenstand im Lübeckischen Staate Anfang des Monats April 1913. Nach den Meldungen aus den 16 Saatenstandsberichtsbezirken hat das Statistische Amt für Anfang April folgende Saatenstandsnoten berechnet: (Nr. 2 bedeutet gut, Nr. 3 mittel, Nr. 4 gering): Für Winter-Weizen Nr. 2,2 (Anfang April 1913 Nr. 2,5), Winter-Roggen Nr. 2,2 (2,4). Die Wintersaaten sind infolge des milden Winters gut bestockt und zeigen ein kräftiges Aussehen. Hin und wieder macht sich auf Roggensaaten Mäusefraß bemerkbar.

b. **Schöffengericht** am 7. April. Ein nächtliches Kompagniegeschäft schlossen der Schuhmacher L. und der Arbeiter Sch. ab. Sie sahen in einer Wirtschaft im Langen Lohberg einem Schlachtergesellen zu, wie dieser mit seinem Geld um sich warf und das Portemonnaie leichtsinnig aus der Tasche blicken ließ. Erst wurde im Kreise mitgezecht, und als der Kapitalist die Rundreise fortsetzte, pumpte sich L. von seinem Kollegen 50 Pfg., um ihn in der nächsten Wirtschaft beobachten zu können und den günstigen Moment zu erwarten, wo das Geld in seinen Besitz kam. Mit einer verräterischen Umarmung gelang der Diebstahl später. Lange konnten sich die Geschäftsteilhaber des Besitzes nicht erfreuen. Nachdem eine Runde getrunken war, ging das Geld wieder in die Hände des rechtmäßigen Besitzers. L. wandert wegen Diebstahls 6 und Sch. wegen Hehlerei 4 Wochen ins Gefängnis. — Blinde Eifersucht ließ den Arbeiter T. in Travemünde den Schlaf einer halben Nacht rauben. Im Hause des Müllers, wo er tätig war, befand sich ein 15jähriges Dienstmädchen, auf das der 32jährige Mann alle beide Augen geworfen hatte. Da dieses von dem alten Knaben nichts wissen wollte, nahm sie während der Abwesenheit des Dienstgebers den jungen Müllergesellen ins Wohnzimmer, um vor dem Nachstellenden geschützt zu sein. Dieser sah in seinem dunklen Wahn mehr, als zu sehen möglich war. Er schaute durchs Fenster und Schlüsselloch, und als das Licht erlosch, erbrach T. die Türe. Bei seinem Erscheinen hatten die beiden das Zimmer verlassen, die kleineren Kinder gerieten in große Angst, weil der Eifersüchtige die Betten und alles in der Kammer umwühlte, und nach dem Mädchen und Müllergesellen fahndete. Dieser Spaß führt T. wegen Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch 2½ Wochen ins Gefängnis. — Ein lahmer Gaul. Auf dem Handelswagen ging der Händler B. in der Nähe Stockelsdorfs einen Pferdetausch ein, der ihn nachher schwer gereute. Sein kleines Pferd gab er für ein größeres hin, legte ein 5-Markstück drauf und vermachte dem Kontrahenten noch den Wagen voll Heringe. Nach der ersten Fahrt gewahrte B., daß der eingetauschte Gaul etwas schwach auf den Vorderbeinen war, und daß diese Schwäche forsches Laufen ausschloß. Er versuchte im guten wieder zu seiner Mähre zu kommen, war auch nicht abgeneigt, noch einen annehmbaren Batzen Reuegeld zu zahlen. Als alles Reden nichts half, brach B. den Stall auf und holte sein treues Pferdchen heraus. Wegen Hausfriedensbruchs erhält B. heute 30 Mk. Geldstrafe.

Gewerbeanmeldungen für die Monate Januar, Februar, März 1914. Agenten, kaufmännische 3, Agenten für Feuerversicherung 7, Agenten und Kommissionäre 3, Annoncenakquisiteure 3, Auktionatoren 1, Barbiere 3, Bäcker 3, Bauunternehmer 6, Bettfedern-Reinigungsbetriebe 1, Bildhauer 1, Brauereivertreter 1, Brennmaterialienhändler 2, Brot- und Butterhändler 1, Buchführer 1, Buch- und Steindrucker 3, Damenkonfektionsgeschäfte 1, Delikatessen- und Flaschenbierhändler 3, Dentisten 1, Drogisten 3, Elektroinstallateure 1, Fahrrad- und Reparaturwerkstätten 3, Fettwarenhändler 4, Fettwarenhändlerinnen 1, Friseurinnen 3, Fuhrgeschäfte 1, Gartenarchitekten 1, Gastwirte 3, Händler 25, Händlerinnen 18, Höker und Flaschenbierhändler 2, Hökerinnen und Flaschenbierhändlerinnen 2, Kaufleute 1, Klempner 3, Konditoren 5, Krämer und Flaschenbierhändler 9, Krämerinnen und Flaschenbierhändlerinnen 7, Kurz- und Weißwarenhändlerinnen 1, Lederhändler 1, Makler 4, Maler 7, Maschinenbauer 2, Masken-Garderobe-Verleiher 1, Musiker 3, Nähmaschinen- und Fahrradhändler 1, Noten-Versandgeschäfte 1, Offene Handelsgesellschaft 8, Papier- und Buchhändlerinnen 1, Pferdehändler 3, Putzmacherinnen 3, Schänkwirte 15, Schänkwirtinnen 5, Schlachter 1, Schleifer 1, Schlosser 1, Schneider 3, Schneiderinnen 4, Schreibutensilienhändlerinnen 4, Schuhmacher 2, Spediteure 1, Spirituosenhändler 1, Stellenvermittlerinnen 1, Tischler 2, Töpfer 1, Trödler 4, Uhrmacher 2, Viehhändler 3, Wasch- und Plättereien 4, Zigarrenhändler 6, zusammen 236.

Keine weitere Veröffentlichung der standesamtlichen Nachrichten. Amtlich wird bekannt gemacht: Auf Grund einer Verfügung des Senates an das Stadt- und Landamt wird für die Folge die bisher allwöchentlich erfolgte amtliche Veröffentlichung der Eintragungen in die Standesregister unterbleiben. — Das werden namentlich manche Frauen sehr bedauern.

Straßensperre. Wegen vorzunehmender Straßenbauarbeiten ist die Strecke der Straße An der Mauer von der Hüxstraße bis Fleischhauerstraße von heute bis auf weiteres für den Fuhrwerksverkehr gesperrt.

Gerichtsvollzieher ohne Uniform. Nach einer Senatsverordnung vom 1. April sollen die Gerichtsvollzieher ihre Amtshandlungen jetzt in Zivil ausüben. Damit ist ein vielfach in der Bürgerschaft ausgesprochener Wunsch erfüllt.

pb. **Leichenfledderei.** Am 1. d. M. ist einem hiesigen Händler auf dem Wege nach Kronsforde, während er sich im Chausseegraben zum Schlafen hingelegt hatte, seine schwarze Leder-Brieftasche mit folgenden Legitimationspapieren abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden: Unfall-Rentenpapiere, Staatsangehörigkeitsschein, Bürgerbrief, Heiratsurkunde, Taufschein, Gewerbeschein, Invalidenkarte, polizeilicher Anmeldeschein, Militärpaß und verschiedene Arbeitsbescheinigungen, lautend auf den Händler Franz Wilhelm Gründling, geb. 15. August 1859 in Klausdorf, Kreis Soldin. Personen, die über den Verbleib dieser Papiere sachdienliche Angaben machen können, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

pb. **Einbruchsdiebstahl in Ratzeburg.** Am Sonntag, dem 5. d. M., gegen 10½ Uhr abends, sind mittelst Einbruchs in Ratzeburg außer etwa 100 Mark in barem Gelde folgende Kleidungsstücke gestohlen worden: 1 blauer und 1 schwarzer Jackettanzug, 1 gestreifte, schon mehrfach ausgebesserte Herrenhose und 4 Paar neue, sowie angestrickte graue wollene Herrenstrümpfe.

pb. **Verschwundenes Ruderboot.** An der Drehbrücke ist am Sonntag, dem 5. d. M. ein dort vertäut gewesenes, unten schwarz und oben grau gestrichenes, hinten und vorn spitzes Ruderboot abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Der obere Rand des Bootes war mit einem Tau eingefaßt. Es ist innen genau so gestrichen wie außen.

pb. **Verhaftungen.** Ermittelt und festgenommen wurden zwei zugereiste Arbeiter, die gemeinschaftlich einem hiesigen Trödler einen Jackettanzug entwendeten, und ein Zimmergeselle, der einem Mädchen 8 Mk. gestohlen hat.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Nach Absetzungen, die von der Direktion nicht vorauszusehen noch zu verhindern waren, wird Richard Wagners „Tristan und Isolde" nunmehr als Festvorstellung am Ostermontag mit unseren einheimischen Kräften Fr. Offenberg und Herrn Schöffel in den führenden Partien zur Darstellung kommen. Erinnern wir an Carl Pfeiffers Leitung und an die Namen de Garmo, Meisner, Schubert, Siegle, Lange, Kollwitz als weitere Mitwirkende, so wird für eine würdige Aufführung die beste Gewähr gegeben sein. Am zweiten Ostertag soll die leichte Muse zu ihrem Rechte kommen. Auf dem Plane steht „Grigri", Paul Linkes neueste beliebt gewordene Operette. Linke hat seine Musik geschrieben, die nicht nur den Text zu ganz famoser Wirkung bringt, sondern auch um ihrer selbst willen gehört zu werden verdient. Für heute verweisen wir auf „Den Barbier von Bagdad" mit dem Gastspiel Th. Lattermanns vom Hamburger Stadttheater und auf „Coppelia".

Fürstentum Lübeck. Kontrollversammlungen werden abgehalten: In Ahrensböck, Weidemanns Hotel: Donnerstag, den 16. April 1914, vormittags 9 Uhr, für sämtliche zum Erscheinen verpflichteten Wehrleute und für sämtliche Ersatzreservisten (Jahresklasse 1901 bis 1913). Donnerstag, den 16. April 1914, nachmittags 2,30 Uhr, für sämtliche gediente Reservisten der Jahresklassen 1906 bis 1913. In Malente-Gremsmühlen, Hotel Brahmberg: Freitag, den 17. April, vormittags 9,15 Uhr, für sämtliche zum Erscheinen Verpflichteten. In Liensfeld, Gastwirtschaft von Steffen: Sonnabend, den 18. April, vormittags 8,30 Uhr, für sämtliche zum Erscheinen Verpflichteten. In Stockelsdorf, Gastwirtschaft Brauerei Fackenburg: Sonnabend, den 18. April, nachmittags 4,15 Uhr, für sämtliche zum Erscheinen Verpflichteten. In Schwartau, Heuers (Jürgens) Hotel: Montag, den 27. April, 8,30 Uhr vormittags für sämtliche zum Erscheinen verpflichteten Wehrleute und für sämtliche Ersatzreservisten (Jahresklassen 1901 bis 1913). Montag, den 27. April 1914, nachmittags 3 Uhr, für sämtliche gedienten Reservisten der Jahresklassen 1906 bis 1913. In Timmendorferstrand, Lages Strand-Hotel: Dienstag, den 28. April 1914, vormittags 9,15 Uhr für sämtliche zum Erscheinen verpflichteten Wehrleute und für sämtliche Ersatzreservisten (Jahresklassen 1901 bis 1913). Dienstag, den 28. April 1914, nachmittags 2,30 Uhr, für sämtliche gedienten Reservisten der Jahresklassen 1907 bis 1913. In Eutin, Röpers Gasthaus „Zum Landhaus": Mittwoch, den 29. April 1914, vormittags 9 Uhr, für sämtliche zum Erscheinen verpflichteten Wehrleute und für sämtliche Ersatzreservisten (Jahresklassen 1901 bis 1913). Mittwoch, den 29. April 1914, nachmittags 3 Uhr, für sämtliche gedienten Reservisten der Jahresklassen 1906 bis 1913.

Eutin. Die gestrige Landtagsnachwahl endete mit einem Siege des Agrarierhäuptlings von Levetzow. Auf ihn entfielen 2488 Stimmen, während unser Genosse Fick mit 2264 Stimmen in der Minderheit blieb. In der Hauptwahl waren abgegeben für Genossen Fick 1629, Levetzow 1817 und Weiß (Lib.) 1140 Stimmen. Die gestrige Zunahme beträgt also für Levetzow 671, für Fick 635 Stimmen. Einige hundert Stimmen sind dank der intensiven Tätigkeit unserer Genossen gestern für unsern Kandidaten an Reserven herausgeholt worden, so daß sich also die Tatsache ergibt, daß **von den Liberalen über die Hälfte für Levetzow eingetreten ist.** Und das, trotzdem die Leitung der Gesamtorganisation der Fortschrittlichen Volkspartei im Großherzogtum in klarer und unzweideutiger Weise, auf den Ernst der Situation hinweisend, die Parole für den Genossen Fick ausgegeben hatte. Den Liberalen, die entgegen dieser Parole für den Agrarier und damit für die Zertrümmerung der Linkenmehrheit im Landtage eintraten, müßte eigentlich die Schamröte ins Gesicht steigen und sie sollten sich hüten, für sich noch das Wort liberal in Anspruch zu nehmen. Behaupten die Agrarier in dem Wahlkreise des verstorbenen Bündlerführers Müller-Rutzhorn das Mandat, dann mag sich das Oldenburger Volk bei den „Liberalen" im nördlichen Fürstentum Lübeck bedanken, die dem schwarz-blauen Block die Steigbügel hielten. Unsere Genossen im Eutiner Bezirk aber sollten aus dieser Wahl die Lehre ziehen, daß sie nun endlich die Streitaxt begraben und in voller Geschlossenheit und Einmütigkeit für die weitere Ausbreitung unserer Ideen wirken. Nur in der Einigkeit liegt unsere Stärke; wer sie gefährdet oder gar zerstört, leistet damit unseren Gegnern Vorspanndienste. Das sollten alle Genossen bedenken.

Wir lassen nun nachstehend die einzelnen Resultate folgen und bemerken, daß die eingeklammerten Zahlen die der Nachwahl 1911 sind:

	Fick	Levetzow
Eutin, Stadtgemeinde I	303 (364)	382 (249)
" " II	340 (507)	324 (329)
Landgemeinde Eutin	334 (380)	300 (318)
Neukirchen	174 (233)	144 (161)
Malente	377 (521)	295 (235)
Redingsdorf	91 (94)	118 (138)
Bosau	203 (243)	300 (299)
Siblin	133 (143)	229 (229)
Gleschendorf	151 (143)	187 (218)
Süsel	158 (166)	209 (232)
	2264 (2794)	2488 (2408)

Bei der Hauptwahl am 26. März 1914 gestaltete sich das Stimmenverhältnis folgendermaßen:

	Fick	v. Levetzow	Weiß
Eutin, Stadtgemeinde I	211	214	274
" " II	217	176	353
Landgemeinde Eutin	284	265	54
Neukirchen	123	123	57
Malente	242	204	232
Redingsdorf	73	110	26
Bosau	160	238	20
Siblin	110	193	41
Gleschendorf	91	138	39
Süsel	118	156	41

Hamburg. Von seinem Stiefsohn niedergeschossen wurde der in der Schmuckstraße wohnende Arbeiter Schatz. Als Schatz in der Nacht zum Montag nach Hause kam, geriet er mit seiner Frau in Streit. Sein 26 Jahre alter Stiefsohn Hüttmann eilte seiner Mutter zu Hilfe, sprang aus dem Bett und ging gegen den Stiefvater an. Dieser schlug auf H. mit einem Schlagring ein, wodurch dieser zur Gegenwehr genötigt wurde und nach seinem im Paletot steckenden Revolver griff, der mit fünf Kugeln geladen war. Sämtliche fünf Patronen schossen aus dem Lauf. Eine Kugel drang Schatz in den Kopf und zerschmetterte ihm den Kiefer. Der schwerverletzte Mann, der bisher nicht vernommen werden konnte, wurde ins Hafenkrankenhaus transportiert. Sein Stiefsohn sagt aus, daß er erst zwei Schüsse auf den Fußboden abgefeuert hat und die drei letzten Schüsse beim Ringen mit seinem Stiefvater von selbst losgingen.

Geestemünde. Schweres Eisenbahnunglück. Sonntag abend entgleiste auf der Strecke Cuxhaven-Geestemünde der Personenzug, der Cuxhaven um 9 Uhr 20 Min. und Lehe um 11 Uhr 43 Min. verlassen hatte. Kurz hinter Lehe wurde der Zug durch eine falsche Weichenstellung auf ein totes Geleise geführt. Als der Lokomotivführer es bemerkte, bremste er, konnte aber das Unglück nicht mehr abwenden. Die Lokomotive überfuhr bei der Unterführung den Prellbock des toten Geleises und stürzte den 6 Meter tiefen Damm hinab. Sie fuhr noch mit ziemlicher Kraft über einen Meter tief, wo sie sich in das Erdreich eingrub. Die Lokomotive wie auch zwei Güter- und zwei Personenwagen sind zerstört worden. Von Geestemünde ging sofort ein Hilfszug ab und auch die Leher Garnison beteiligte sich hervorragend an dem Rettungswerk. Vom Maschinenpersonal wurden Führer Voelker und Heizer Burosse, beide aus Geestemünde, als Leichen aus den Trümmern hervorgezogen. Zwei weitere Eisenbahnbeamte wurden verletzt, während die Passagiere mit dem Schrecken davonkamen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Achtung!

Vertrauensleute
der
Volksfürsorge

Donnerstag, dem 9. April
abends 9 Uhr
Sitzung
im Gewerkschaftshaus.

Heines Werke

3 Bände 4 Mk.

Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Hüte werden garniert u. neu angefertigt. **Glockengießerstraße 16, I.** (2719

Blühende Topfpflanzen
beste Sämereien, Rosen und alle Baumschulartikel empfiehlt preisw.
2909 **C. Rohrdantz,**
Moislinger Allee 49.

SchillersWerke

3 Bände 4 Mk.

Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
40) Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gabe rote Lubeca-Rabattmarken.

GoethesWerke

3 Bände 4 Mk.

Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Stadthallen-Sommer-Theater, Lübeck.

Voranzeige.

Eröffnung der Sommerspielzeit 1914: Sonnabend, den 16. Mai.

Mit großer Ausstattung

„Wenn der Frühling kommt".

Musik von **Jean Gilbert.**
Neueste Schlageroperette des Thaliatheaters Berlin. Größerer Erfolg als „Filmzauber", „Puppchen" 2c.
Personalverzeichnis erscheint demnächst.

Preise der Plätze:

	Tagesbillett	Dutzendkarten		Tagesbillett	Dutzendkarten
Orchesterloge	2.— Mk.	20.— Mk.	Seitenloge	1.— Mk.	9.— Mk.
Prozeniumsloge u. Sperrsitz	2.— „	20.— „	2. Parkett	0.75 „	7.00 „
Parkettloge	1.50 „	15.— „	Balkon, 1. und 2. Reihe	0.75 „	7.— „
Fremdenloge	1.50 „	15.— „	Balkon, 3. bis letzte Reihe	0.50 „	4.— „
1. Parkett	1.25 „	13.— „	Sitzparterre	0.50 „	4.— „

Vorverkauf der Dutzendkarten von jetzt ab bei **Otto Borchert,** Breite Straße, **F. W. Kalbel, Café Opera,** Beckergrube, und in der **Stadthalle.** (2812

Zum Osterfeste empfehlen wir
unser vorzügliches
Märzen-Bockbier
in Flaschen und Gebinden.
Lübecker Vereinsbrauerei
e. G. m. b. H. (2849) Telephon 8963.

Wir eröffnen am heutigen Tage
Moislinger Allee 2
(Haus der Commerz-Bank)
ein modernes
: Kolonialwaren- und : Delikatessen-Geschäft
Wir bringen in allen Abteilungen
beste Qualitäten zu mässigen Preisen
zum Verkauf und verabfolgen
Rote Lubeca-Rabattmarken.
Thomsen & Karnatz
früher tätig in den Firmen Kaffeerösterei „Java" und H. Drefalt. (2876

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter
Zahlstelle Lübeck.

Versammlung
am Donnerstag, dem 9. April
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus".
Johannisstraße 50—52.

Tagesordnung:
1. Abrechnung.
2. Kartellbericht.
3. Stellungnahme zum Verbandstag und Gewerkschaftskongreß.
4. Verschiedenes.

Erscheinen aller Mitglieder notwendig.
2894) **Der Vorstand.**

Verband der Gastwirtsgehilfen.
Ortsverwaltung Lübeck.

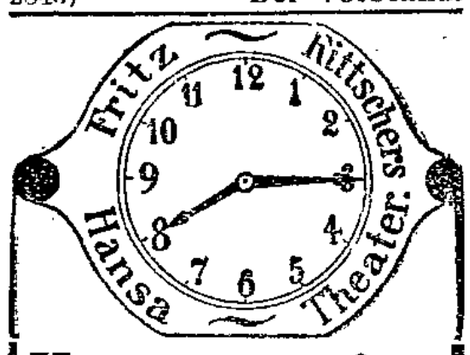
Versammlung
am Mittwoch, dem 8. April
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Das neue Krankenversicherungsgesetz. Referent: Arbeitersekretär **Paul Hoff.**
3. Abrechnung vom 1. Quartal.
4. Abrechnung v. Wintervergnügen.
5. Kartellbericht.
6. Verschiedenes.

2800) **Der Vorstand.**

Sparklub „Alles da"
Polierkrug.

Versammlung
am Mittwoch, dem 8. April
abends 8½ Uhr.
2846) **Der Vorstand.**



Hartenstein-
Gastspiel.
Der Stolz der 3. Kompagnie
Militärburleske in 2 Akten mit
Hartenstein
in seiner Paraderolle als
Musketier Diestelbeck.
Vorher
Erstklassige Variete-Spezialität.-Vorführungen.
Billettvorverkauf bei Friedrich Sager, Kohlmarkt, und Friedrich Nagel, am Markt. 2642

Neues Stadttheater

Dienstag, den 7. April 1914:
Anfang 7½ Uhr. Ende nach 10½ Uhr.
Opern-Zyklus.
V. Abend:
Gastspiel von Th. Lattermann vom Hamburger Stadttheater:
Der Barbier von Bagdad.
Kom. Oper von Cornelius.
Hierauf:
Coppelia.
Gr. Ballettpantomime v. L. Delibes.
Große Preise. (2798

Mittwoch, den 8. April 1914:
Außer Abonnement. Kleine Preise.
Anfang 8¼ Uhr. Ende 10¼ Uhr.
Glaube und Heimat.
Die Tragödie eines Volkes
von Karl Schönherr.

Donnerstag, den 9. April 1914:
Anfang 8 Uhr. Ende 10½ Uhr.
Jugend.
Von Max Halbe.
Mittelpreise.

Meierei Schwartau
Inh.: **Ph. Eitel** — Fernspr. 2144
liefert **Vollmilch und Milchprodukte aller Art**
in bester Qualität. (281

Oster-Karten
in reicher Auswahl u. allen Preislagen
Lübecker Gesangbücher.
Friedr. Meyer & Co.

Restaurant Bürgerhof.

Hierdurch erlaube ich mir die ergebene Anzeige, daß ich vom **1. April** ab das

Restaurant Bürgerhof

übernommen habe und bitte, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen. Es wird mein Bestreben sein, meinen Gästen stets gute Getränke und Speisen zu verabfolgen.
2848) Hochachtungsvoll
Friedr. Schwärk.

Käse-Lager Schlumacherstr. 12, Detail-Verkauf a. d. Diele.
Große Posten (2815
Rahmkäse und Schweizerkäse Pfund **60** Pfg.

Beerdigungsinstitut Gebr. Müter
Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.
2980 **Uebernahme ganzer Beerdigungen.**
Größtes Lager in Särgen, Grabstücken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen.
Einkleidungen jeder Art. Billigste Preise.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 82. Dienstag, den 7. April 1914. 21. Jahrg.

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 6. April.

Wortführer Dimpker eröffnet um 6 Uhr 20 Minuten die Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt

Hoff berichtigend mit, daß die von ihm gerügte Prügelei über Gebühr nicht in der Schule in der Fackenburger Allee, sondern in der fünften St. Lorenzschule in der Moislinger Allee stattgefunden habe.

Der erste Senatsantrag wird in nichtöffentlicher Sitzung verhandelt.

2. Antrag: Verleihung des Enteignungsrechtes an die Aktiengesellschaft „Siemens".

Böbs fragt, ob der Antrag so wie er vorliegt auch richtig sei und ob die elektrischen Leitungen über die Gemeindewege geführt werden können.

Senator Dr. Lienau: Es handelt sich nur um die Gemeinde Rönnau, die Schwierigkeiten in dieser Beziehung macht. Das Ganze ist eine Ergänzung der früheren Vorlage.

Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

3. Antrag: Beschaffung des Inventars für den Städtischen Kursaal in Travemünde.

Wird debattelos genehmigt.

4. Antrag: Errichtung eines Musikpavillons bei dem Städtischen Kursaal in Travemünde.

G. Ehlers: Vielleicht wäre einmal die Frage zu erwägen, gelegentlich unsere Sitzungen in Travemünde abzuhalten, da wir uns fast in allen Bürgerschaftsverhandlungen mit Travemünde zu befassen haben. Bei der Beratung über den Bau eines Konversationshauses habe ich den Standpunkt unserer Fraktion in ablehnendem Sinne vertreten, und wir werden auch den Musikpavillon nicht bewilligen. Ich habe bereits früher schon hervorgehoben, daß das zu Bewilligende nicht vorher in Angriff genommen sein darf. Trotz der verneinenden Antwort des Herrn Senators ist dies bei dieser Vorlage wieder der Fall. Es ist Tatsache, daß die Arbeiten für den Musikpavillon, die heute bewilligt werden sollen, bereits vergeben sind und in Angriff genommen sind. Wenn die daran beschäftigten Arbeiter nachher in den Tagesblättern lesen, daß wir das erst bewilligen sollen, woran sie bereits arbeiten, werden sie sich gewiß sagen, eine Beratung hierüber ist überflüssig. Schon bei Errichtung der Feuerwehr auf den Holzlagerplätzen habe ich erklärt, man solle, wenn es durchaus nicht anders geht, die Vorlagen dann wenigstens so gestalten, daß sie als Nachbewilligungen zu erkennen sind. Bei dem bisherigen Verfahren wundert sich das Publikum nur darüber, daß wir in Angriff genommene Arbeiten erst in der Bürgerschaft bewilligen. Dieses Vorgehen zu kritisieren halte ich für meine Pflicht. Man soll wenigstens ehrlich sein und der Bürgerschaft sagen was geschehen ist. Dann habe ich noch ein Wort über die Baudeputation zu sagen, die am 30. März im General-Anzeiger Arbeiter für die Puppenbrücke verlangte. Viele Arbeitslose, die morgens dort erschienen, mußten bis um 12 Uhr warten, bis ein Vertreter des Bauamts erschien, bei dem sie sich melden konnten. Wenn das Bauamt Arbeiter sucht, dann hat es auch die Pflicht wenigstens um 9 oder 10 Uhr einen Vertreter zu schicken, damit den auf Arbeit Lauernden Antwort gegeben werden kann, und diese nicht stundenlang herumlungern müssen. Als endlich ein Bauwart erschien, erklärte er, daß Arbeiter von der Maschinenbaugesellschaft und der Schiffswerft nicht eingestellt würden. (Zuruf bei den Soz.: Hört, hört!) Es ist doch selbstverständlich, daß auf unsern beiden größten Betrieben am Orte eine größere Fluktuation eintreten kann und meistens Arbeitslose vorhanden sind, die dort tätig waren. Um so unerklärlicher ist daher das, was der städtische Bauwart sagte, der meinte, die Leute liefen doch wieder weg. Es kann doch ebensogut solchen Arbeitern beim Bauamt gefallen, und tüchtige Leute sind es. Die Art und Weise, wie hier verfahren wurde, entspricht nicht dem, was ein ordentlicher Staatsbürger von Beamten verlangen darf. Ich glaube nicht, daß diese Behandlung von Herrn Senator Dr. Stooß gebilligt wird. Dem Bauwart muß das Ungehörige seines Vorgehens klargemacht werden. Meine Kritik dieser Ungerechtigkeit wird hoffentlich von Nutzen sein. Im übrigen bitte ich noch einmal, den Musikpavillon abzulehnen. (Bravo! bei den Soz.)

Senator Dr. Stooß will die Sache untersuchen und das Erforderliche veranlassen. Die Behörde hat die Arbeiten beim Konversationshaus erst vergeben, als die Vorlage bewilligt war. Richtig ist, daß mit dem Ausschachten des Pavillons begonnen wurde.

Albers wünscht, daß die Arbeiten an die hiesigen Geschäftsleute soweit wie möglich vergeben werden.

Senator Dr. Stooß: Dem wird entsprochen.

Aug. Pape (unverständlich).

Grünau: Die Erde ist nur 2 Ztm. ausgeschachtet, um einen ungefähren Ueberblick zu gewinnen.

G. Ehlers: Wir bewilligen so viel Gelder für Travemünde und die Mehrzahl der Bürgerschaftsmitglieder weiß an Ort und Stelle trotzdem keinen Bescheid. Es sind nur einzelne Herren wie Böbs, Henk und Grünau, die viel Zeit übrig haben und die Sache besichtigen können. Und doch handelt es sich stets um Vorlagen, die nach Ansicht der Regierung im Interesse Lübecks liegen. Ist dies der Fall, dann muß auch den Bürgerschaftsmitgliedern Gelegenheit gegeben werden, sich von der Notwendigkeit an Ort und Stelle zu überzeugen. Man kann doch nicht verlangen, daß der einzelne auf eigene Kosten Reisen zu diesem Zweck unternimmt. Ich möchte da die Frage aufwerfen, wer von den Herren im Saale die Geschichte kennt, die wir heute wieder bewilligen sollen? Deshalb muß der Senat den Bürgerschaftsmitgliedern Gelegenheit geben, über das, was hier beraten wird, sich durch Inaugenscheinnahme persönlich zu überzeugen. Ein Weg wird sich dazu gewiß finden.

Der Senatsantrag wird hierauf endgültig angenommen.

5. Antrag: Erweiterung der Dampferanlegebrücken in Travemünde.

Senator Dr. Stooß weist auf die Notwendigkeit der Vorlage hin, die der Senat nach Rücksprache mit dem Baudirektor wieder einbringen mußte, da die jetzigen Verhältnisse unzureichend seien.

Scharff geht auf die früheren Kommissionsbeschlüsse ein. Einige Mitglieder der Kommission hätten mit solchen von der Baudeputation noch einmal alles besichtigt und seien zu dem Schluß gekommen, daß der Senat nicht so ganz unrecht habe. Soweit die Höhe in Betracht komme, stimme er dem Senatsantrage zu, nicht aber in der Frage der Länge, die mit 45 Meter statt der vorgesehenen 62 genüge. Redner stellt einen entsprechenden Abänderungsantrag.

Senator Dr. Stooß: Der Senat wird sich mit der einschränkenden Länge abfinden, da es ihm in erster Linie um die Erweiterung zu tun ist.

Niemann (Schlutup) äußert sich im günstigen Sinne zu der Vorlage.

Kröger glaubt, daß die von der Kommission gewünschten Brückenverhältnisse ganz gut sind. Man könnte ja auch einige Treppen einbauen, wie es in Holtenau der Fall ist. So könnten zunächst die kleinen Dampfer Gelegenheit zum Anlegen haben. Beim Steigen des Wassers sei dann auch gleich Anlegegelegenheit geschaffen. Niedrige Brücken könne man aus finanziellen Gründen nicht bewilligen. Zu berücksichtigen sei auch, daß die Ostseebäderschiffe meistens 40 Jahre alt seien, die Brücken aber für 25 Jahre halten müßten, während welcher Zeit sich die Schiffsverhältnisse ändern könnten.

Senator Dr. Stooß rät von einer Treppenanlage ab. Würden jetzt die Brücken höher gebaut, dann könnten die Schiffe in den ersten 10 Jahren nicht landen.

Söhrmann (Travemünde) hält es für ein Unding, hohe Brücken für die jetzigen niedrigen Dampfer zu bewilligen. In die Kommission seien damals keine Travemünder Bürgerschaftsmitglieder gewählt worden, die die Sache besser beurteilen konnten. Das Treppeneinbauen wäre unangebracht. Große Brücken seien in Travemünde genügend vorhanden, neue deshalb überflüssig. Redner tritt für die Senatsvorlage ein.

Böbs erklärt, seinerzeit nur infolge eines Kompromisses mit dem Senat der 30-Meter-Brücke zugestimmt zu haben, und wendet sich in längeren Ausführungen gegen die Senatsvorlage. Die ganze Geschichte scheine jetzt ins Persönliche überzulaufen, man suche zu retten, was zu retten sei. Zuerst habe man von einer Brückennotlage gesprochen, doch sei jetzt von einer solchen nichts mehr zu hören. Ungünstig lägen die Brücken in Travemünde nur einmal, bei besserer Disponierung brauchten die Dampfer auch nicht allzu lange zu warten. Das Geld sollte man sparen.

Senator Dr. Stooß: Die Bürgerschaft hat sich in der letzten Sitzung mit großer Mehrheit für einen Brückenbau ausgesprochen, von einer persönlichen Sache kann gar keine Rede sein. Wir haben alle Ursache, eine solche Brücke zu bauen, die den jetzigen Dampferverhältnissen entspricht.

Scharff polemisiert gegen Böbs, der früher selbst für die geforderte Summe zu haben gewesen sei. Man sollte sich heute für die niedrige Brücke entscheiden. Würden später größere Dampfer erbaut werden, dann müßten diese eben entsprechende Aenderungen im Ausschiffen treffen. Es sei auch leichter, dann die Brücke zu erhöhen.

Dr. Meyer-Lüerßen tritt für die Senatsvorlage ein. Nautische Kreise hielten die vorgesehene Brücke für die zweckentsprechendste. Es bleibe nur die rein technische Frage übrig, und in dieser müsse man den Sachverständigen folgen.

Kröger glaubt, daß es auch Sachverständige mit entgegengesetzter Ansicht gebe. Man könne ebenso gut auch die Landung vom Hauptdeck aus vornehmen. Eine Erhöhung der Brücken in späterer Zeit würde eine sehr teure und schwierige Sache werden.

Senator Dr. Stooß erwidert, daß das letztere nicht teurer würde wie eine Erniedrigung. Ein Zusammendrängen der Passagiere nach dem Oberdeck sei auch nicht wünschenswert.

H. Eschenburg tritt für den Senatsantrag mit der Abänderung von Scharff ein. Die Sachverständigen seien der Meinung, daß sie die hohe Brücke nicht benutzen könnten. In Lübeck seien für die kleinen Dampfer auch niedrigere Brücken errichtet.

Kröger erinnert wiederholt an die Kieler Verhältnisse, wo hohe Brücken mit Treppenaufgängen durchweg vorhanden seien. Dies sollte man auch in Travemünde einführen.

Söhrmann ist gegenteiliger Ansicht.

Henck (Bültwisch) wünscht, daß die Landwirte, die für die Niendorf-Travemünder Bahn den Grund und Boden hergegeben haben, bald ihr Geld bekommen. Zwei Verhandlungen hätten zu keinem Resultat geführt. Man habe einmal nur so viel geboten, wie man vor 30 Jahren beim Bahnbau Lübeck-Travemünde bezahlt habe.

Senator Dr. Stooß: Diese Angelegenheiten werden jetzt in der Enteignungskommission verhandelt. Hierin sollte man nicht vorgreifen.

Der Senatsantrag mit der Abänderung von Scharff wird endgültig angenommen.

Besprechung der Rückäußerung des Senates vom 21. Februar 1914 auf das Ersuchen des Bürgerausschusses betr. Einführung des regelmäßigen Betriebes auf der verlängerten Straßenbahnstrecke in der Kronsforder Allee.

Stelling: Als wir uns vor einiger Zeit mit diesem Antrag beschäftigten, wurde er mit großer Mehrheit angenommen. Auch der Bürgerausschuß unterbreitete dieses Ersuchen dem Senat. Leider ist der vorgenommene Ausbau nicht dem allgemeinen Verkehr zugute gekommen, sondern nur den Arbeitern der Reparaturwerkstatt der Lübeck-Büchener Bahn, die 2500 Mk. zugeschossen hat. Ich bin der Meinung, daß es unter keinen Umständen richtig ist, wenn man sagt, wir nehmen diese 2500 Mk. und verpflichten uns zur Ausschließung des öffentlichen Verkehrs auf dieser Strecke. Man

---

Fürstin Pauline.

Roman aus der Zeit der Leibeigenschaft
von Graf E. A. Sallas.

Autorisierte Uebersetzung von Dr. Heinrich Ruhe.

(13. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

„Und was willst Du damit?" fragte Lukeria Jegorowna, indem sie ihren Sohn mit großen Augen anschaute. „Willst Du vielleicht hundert Figuren machen?"

„Nein, Mutter, ich würde aus all' dem Wachs nur eine Figur bilden."

„Aus zehn Pud?"

„Jawohl, ich möchte eine Figur in Mannesgröße herstellen. Wenn ich z. B. diesen Engel so groß herstellen könnte, wie ich selber bin, so würde er bei mir Leben gewinnen. O, wunderschön müßte er sein! Und was ist er jetzt?"

Nach einigen Minuten hub Lukeria von neuem an:

„Du meinst also, sie sei freundlich?"

„Aber wie soll sie denn sonst sein?"

„Nun, ich denke, sie ist schön."

„Aber was fällt Dir eigentlich ein, Mutter? Schon zum sechsten Male fragst Du mich, und immer wieder antworte ich Dir, sie sei nicht schön, im Gegenteil, man könne sie häßlich nennen."

„Du lügst, Jegor, Du lügst! Wie kannst Du nur so etwas behaupten? Sie ist doch die Herrin, die Fürstin, und Du bist ein einfacher, ungeschliffener Bauer. Wie kannst Du nur in solch' ungeziemender Weise von Deiner Herrin sprechen?"

Wiederum herrschte tiefe Stille im Zimmer, in welchem jetzt völlige Dunkelheit eingetreten war.

„Es ist Zeit, daß wir Licht anzünden," versetzte Jegor endlich. „Wir werden bald Gäste bekommen."

„Welche Gäste denn?" brummte die Alte. „Meines Wissens kommt Eugenie ganz allein. Nun, meintewegen kannst Du ja Licht anzünden."

Als das Zimmer durch ein Talglicht matt erleuchtet war, legte Lukeria sich auf die andere Seite und sagte mit veränderter Stimme:

„Weshalb soll denn Eugenie eigentlich heute zu uns kommen? Es ist Feiertag, und da sollte sie doch auf dem Gute bleiben. Was hat sie hier zu suchen? Ein junges Mädchen muß da sein, wo man singt und tanzt."

„Wahrscheinlich gefällt es ihr bei uns besser."

„Das ist ja eben mein Aerger. Sie kommt oft und immer häufiger. Nun, sage ich die Wahrheit oder nicht?"

Jegor schwieg.

„Hörst Du denn nicht?" fragte die Alte lauter. „Kommt sie oft zu uns?"

„Gewiß, sie kommt oft zu uns, allein ich verstehe nicht, was Du eigentlich mit Deiner Frage bezweckst."

„Was, Du solltest das nicht selbst wissen? Ich bin alt, ich kann mit Dir nicht mehr fertig werden, denn Du gehorchst mir nicht, obwohl ich Deine Mutter bin. Tue, was Du willst, aber das sage ich Dir, ich werde nicht schweigen!"

Nach einer Weile fuhr sie fort:

„Eine Waise . . . nur ein Kleid . . . weder Vater noch Mutter, nicht einmal einen einzigen Verwandten besitzt sie. Es gibt Mädchen, die drei volle Kisten mitbekommen. Und wir sehen uns nach den Waisen um. Du müßtest einmal aufrichtig mit ihr sprechen und ihr sagen: Komme nicht mehr zu uns, wir passen nicht zu einander!"

Jegor blickte auf, schwieg jedoch.

„Wann habt Ihr die Liebelei angefangen?" sprach die Alte weiter. „Wer hat Euch zusammengeführt? Wann hat Euch der Teufel mit einem seiner Schnürchen aneinander gefesselt? Ah, das weiß er selbst nicht, der Gottverfluchte — der Herr verzeihe mir meine Sünden! Sie wird mich nicht achten, auf mich schimpfen und vielleicht mich sogar schlagen, und Du wirst ruhig zusehen und schweigen. So geht es ja immer und überall. Eine böse Schwiegermutter ist vom Uebel, aber eine böse Schwiegertochter ist unausstehlich. Nun sage mir doch einmal, mein lieber Jegor, womit sie Dich eigentlich bezaubert hat! Etwa mit ihrem glatten Gesichte und mit ihren glänzenden Augen? Aber ich bitte Dich, nur schlechte Menschen haben solche Augen. Glaube mir, es ist nichts als Zauberei!"

„Ach, Mutter, was für Zauberei ist denn das?" fiel ihr Jegor plötzlich ungeduldig ins Wort. „Wenn ich die Wahrheit sagen soll, so bin ich es, der ohne Wissen und Wollen Eugenie bezaubert hat. Und sie . . . ich weiß es selbst nicht . . . sie ist mir gar nichts."

„Du sprichst die Unwahrheit."

„Weshalb sollte ich die Unwahrheit sprechen? Ich rede über diesen Gegenstand mit Dir ebenso offen und aufrichtig, wie ich mit dem lieben Gott darüber reden würde. Sie hängt sich mir förmlich um den Hals. Soll ich sie etwa mit meinen Fäusten vertreiben? Wer mich aber bezaubert hat, das weiß ich nur zu gut . . . Ja, für sie möchte ich gern mein Leben hingeben."

„Und wer ist denn das?" fragte Lukeria ängstlich. „Wohl eine andere, nicht wahr? Aber vielleicht ist sie noch schlechter, als Eugenie?"

„Ja, Mutter, es ist eine andere. Immerfort steht sie vor meinem Geistesauge und erfüllt mein ganzes Herz, ich wandle mit ihr umher, ich lege mich mit ihr schlafen, und sie ist auch in meinen Träumen bei mir."

„Aber wer ist denn das?"

„Sie ist noch nicht da," antwortete Jegor traurig.

„Was, sie ist noch nicht geboren? Was schwätzest Du dann da?"

Jegor lächelte über die Worte seiner Mutter, aber sein Lachen klang keineswegs fröhlich.

„Sie wird schon kommen, Mutter. Sobald ich Geld erhalte, kaufe ich Wachs und fertige sie an . . . das heißt . . . ohne Füße."

Was hast Du nur, mein Herzchen? Bist Du vielleicht krank? Sehe ich Dich nicht leibhaftig vor mir stehen, Jegor, so würde ich glauben, ein Betrunkener spräche mit mir."

„Du wirst sie ja selbst sehen, Mutter. Sobald ich den Rest meines Geldes vom General bekomme, fahre ich in die Stadt. Ich kaufe mir dann viel Wachs zusammen und mache mich sofort an die Arbeit. Mutter, Du wirst selbst staunen über meine schöne Braut; eine schönere gibt es in der ganzen Welt nicht. Und wie ruhig und sanftmütig wird sie sein! Niemals wird sie Dir ein grobes Wort sagen. Dort in jenem Winkel soll sie stehen."

„Du redest wohl schon wieder von Deinem Stochern?"

Jegor antwortete anfangs keine Silbe, doch nach einigen Minuten rief er lebhaft aus:

„Ich kümmere mich um kein Mädchen von Fleisch und Blut, weder in Berezopole noch überhaupt in der ganzen Welt. Was liegt mir an ihnen? Allein Eugenie beurteilst Du falsch, Mutter. Sie ist ein gutes, braves Mädchen. Daß sie eine arme Waise ist, hat gar nichts zu sagen. Ich verdiene jetzt für meine Arbeit täglich mehr Geld, und wir wissen kaum, was wir mit dem vielen Gelde anfangen sollen. Und Dich würde sie gewiß auch achten. . . . Ich möchte meinen Kopf darum wetten. Zudem würde ich weder meiner Frau noch irgend einem anderen erlauben, Dich zu beleidigen. Aber ich will, daß Du die ganze Wahrheit erfährst. Bezaubert hat Eugenie mich nicht, doch sie liebt mich und ist ein gutes Mädchen, allein käme sie heute oder morgen zu mir und erklärte, sie liebe mich nicht mehr, nun, dann wäre es mir auch recht. Wenn mir dagegen jemand im Namen der Fürstin sagte, ich dürfe mich fortan nicht mehr mit meiner Spielerei befassen, und ich solle nur Türen und Kasten zusammenhobeln, dann . . . dann würde ich ins Wasser springen und mich ertränken."

„Um Gottes Willen, Jegor, schweige, wenigstens heute an unserem hohen Feiertage!" schrie die Alte erzürnt. „Mach' mich nicht böse! Beim allmächtigen Gott, schweige und reize mich nicht zur Sünde!"

(Fortsetzung folgt.)

hätte das nicht tun sollen, weil dadurch mancherlei Mißhelligkeiten entstehen. Aber man sagte sich, es sei ungewiß, ob bei allgemeiner Benutzung der jetzige Erfolg erreicht wird. Das Senatsdekret geht in der Kostenfrage von falschen Voraussetzungen aus. Ich glaube kaum, daß sich die Summe für den völligen Ausbau auf 28 500 Mk. belaufen wird, wie man ausgerechnet hat. Vielleicht sagt man wieder, wir verstehen davon nichts, das kennt nur der Senat. Würde man mit dem vorhandenen Material die Bahn bis zur Friedrichstraße ausbauen, dann wäre doch zu bezweifeln, ob für die 175 Meter 28 500 Mk. Kosten entstehen. Wohl sagt die Behörde, es müsse ein vollständiger Neubau vorgenommen werden. Ich glaube, daß dies unnötig ist und man bis zur Neupflasterung mit dem alten guten brauchbaren Material auskommt. Die Wendezeit beim Krankenhaus soll 2 Minuten betragen, im allgemeinen dauert sie jedoch 3 Minuten. Diese Zeit kann für das Durchfahren der 175 Meter ausgenutzt werden. Neues Wagenmaterial ist dadurch nicht notwendig und den Wünschen der dortigen Einwohner wird entsprochen. Wenn am Kohlmarkt die Linie 11 nur ½ Minute zum Wenden braucht, kann auch in 2½ Minuten die kurze Strecke befahren und gewendet werden. Auch der Oberbau erfordert kaum die angeführten großen Kosten, die ebenfalls durch Verwendung älteren Materials ermäßigt werden können. Wird diesem Wunsche entsprochen, dann wird eine früher bestandene Linie wieder hergestellt und der Stadtteil mehr erschlossen. Seitdem für die Arbeiter der Lübeck-Büchener Bahn die Strecke ausgebaut wurde, hat sich der Verkehr sehr gesteigert, und durch den weiteren Ausbau würde dies noch mehr geschehen. Die Beamten, die den Verkehr beobachteten, haben uns gutes Material geliefert. Es kommen bei jeder Fahrt 1,65 Fahrgäste in Betracht, die in der Endsumme eine erkleckliche Anzahl ergeben. Wir sollten uns freuen, wenn wir auf allen Strecken dasselbe Ziel erreichen würden. Notwendig ist auf alle Fälle, daß wir dieser Frage näher treten. Mit der Rentabilitätsfrage wurde nicht immer so operiert, wie es hier der Fall ist, ich erinnere nur an die Ratzeburger-Allee-Linie. Hier ist weit mehr Aussicht auf Rentabilität als in der Ratzeburger Allee. Redner stellt folgenden Antrag: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, den allgemeinen Verkehr auf der verlängerten Straßenbahnstrecke in der Kronsforder Allee vorzunehmen.

Boie: Die Lübeck-Büchener Bahn hat seinerzeit die Bedingung an die gezahlten 2500 Mk. geknüpft, daß bei Uebergabe für den allgemeinen Verkehr innerhalb der nächsten 10 Jahre diese Summe zurückgezahlt werden muß. Der allgemeine Verkehr würde sich bedeutend besser rentieren als heute, wo die Strecke nur den Arbeitern der Lübeck-Büchener Bahn zur Verfügung steht. Wenn die Kostenberechnung für diese Strecke richtig ist, dann würde die Bahn nach Travemünde mindestens 2 Millionen Mark kosten. Eins kann also nur zutreffen. Man sollte jetzt dem früheren Bürgerschaftsersuchen entsprechen, der Lübeck-Büchener Bahn die 2500 Mk. zurückzahlen und die Strecke für den allgemeinen Verkehr freigeben. Bei gutem Willen und ohne große Kosten könnte man eine Aenderung treffen.

Senator Dr. Fehling: Auf der Tagesordnung steht nur die Besprechung der Rückäußerung des Senats, da wäre es doch zweckentsprechend, die Sache bis zur nächsten Sitzung zu vertagen, damit ein Spezialkommissar sich dazu äußern kann.

Scharff glaubt, daß mit den Behauptungen von Stelling und Boie nichts erwiesen sei. Die Straßenbahn arbeite immer noch mit Defizit, und gerade die zuletzt gebauten Strecken hätten sich nicht rentiert. Würden sich diese einmal rentieren, dann könne man auch zum Bau unrentabler Strecken schreiten. Redner ersucht, dieses Ersuchen nicht an den Senat zu bringen und sich mit dem Bescheide des Senates begnügen.

Boie widerspricht dieser Auslegung und empfiehlt Stellings Antrag. Er sei auch annehmbar: wenn mit etwas Liebe herangegangen werde, könne man den Beschluß von 1912 verwirklichen.

Der Antrag von Stelling wird angenommen.

Antrag von Schneider: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, eine Revision 1. des Gesetzes, die Pensionierung der Beamten betreffend, vom 15. Juni 1885, 2. des Beamtenhinterbliebenen-Gesetzes vom 4. Dezember 1909, in Erwägung zu ziehen.

Schneider weist auf das 29 Jahre alte Gesetz hin, das manchen Nachtrag erhalten habe, aber doch verbesserungsbedürftig sei. Wohl konnten die lübeckischen Beamten in 35 Jahren die höchste Pension erhalten, in Preußen erst in 40 Jahren, aber dennoch stelle sich der Lübecker Beamte hierin nicht besser, da die Anstellungszeit anders berechnet werde. Zwischen der ersten und der pensionsfähigen Anstellung liege ein Zeitraum von 10 Jahren; also stehe sich der hiesige Beamte um 5 Jahre schlechter. Bei einer Aenderung würde auch das Mißverhältnis fallen, das bei Anstellung auswärtiger Beamter hervortrete. Redner erkundigt sich ferner über die nicht ganzjährige Berechnung des pensionsfähigen Dienstalters und findet es ungerecht, daß die Witwenpension nur bis zur 3000-Mark-Gehaltsgrenze des Verstorbenen bezahlt werde. Ueber 2400 Mk. werde die Witwenpension nicht erhöht. Die geringste Pension betrage 300 Mk.

Senator Dr. Fehling erklärt, daß die Pension bis auf den Tag des Bezuges ausgerechnet werde.

Der Antrag wird dem Bürgerausschuß überwiesen.

Schluß 8 Uhr 50 Min.

Der Aufruf der norwegischen Arbeiter zu den Jubiläumsfestlichkeiten.

Das Landessekretariat der vereinigten Gewerkschaften Norwegens hat an die organisierte Arbeiterschaft des Landes ein Manifest erlassen, in dem der Beschluß des in der vorigen Woche tagenden außerordentlichen Gewerkschaftskongresses, betreffend Maßnahmen zur Verhinderung des Zustandekommens eines staatlichen Zwangsschiedsgerichtes zur gewaltsamen Beilegung entstehender Arbeitskonflikte, bekannt gegeben wird. Der Beschluß geht dahin, an einem noch näher zu bestimmenden Tage im ganzen Lande die Arbeit niederzulegen, oder mit anderen Worten: den Generalstreik zu beginnen. Der Beschluß hat folgenden Wortlaut:

1. Da die Mehrzahl des Sozialkomitees (im Storthing. Die Redaktion.) nicht einmal Rücksicht genommen hat auf die von Arbeitern und Unternehmern gemeinsam gemachte Eingabe, sondern festgehalten hat an dem geplanten Zwangsschiedsgericht, und auch die Ordnung der Zwangsvermittlung in höchst unzufriedenstellender Weise geregelt ist, findet sich der Kongreß veranlaßt, entschieden Protest dagegen zu erheben, daß die Vorlage betreffs des Zwangsschiedsgerichts Gesetz wird. Im Namen von 67 000 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern in Norwegen richtet der Kongreß die bestimmte Forderung an das Storthing, die Vorlage nicht Gesetz werden zu lassen, da sie eine bedeutende Verhinderung der Bestrebungen der Arbeiterklasse, durch ihre Organisationen die Interessen der Arbeiter vorzunehmen, mit sich bringt. Ein Gesetz, wie dieses vom Sozialkomitee vorgeschlagene, kann auf ein wohlwollendes Mitwirken der Gewerkschaften nicht rechnen, und daher wird es, anstatt Konflikte beizulegen, solche nur hervorrufen.

2. Durch wiederholte Kundgebungen, sowohl vom Gesamtverband der Gewerkschaften, wie auch von den einzelnen Verbänden und Vereinen, ebenso durch die Massenpetition im Jahre 1913 und auf noch andere Arten, haben die Arbeiter deutlich zu erkennen gegeben, welchen Standpunkt sie dem Zwangsschiedsgericht gegenüber einnehmen. Unter solchen Umständen hat kein Land es bisher noch gewagt, den Arbeitern das Streikrecht zu nehmen, und der Kongreß betrachtet eine solche Handlung, wie die Annahme der Zwangsschiedsgerichtsvorlage, als einen so ernsten Bruch der Organisationsfreiheit, wie sie bisher in diesem Lande bestand, daß er beschlossen hat, eine allgemeine Arbeitsniederlegung über das ganze Land ins Werk zu setzen, um damit einen Beweis von dem ernsten Willen zu geben, auf den sich die Kundgebungen und Proteste der Arbeiter in dieser Sache stützen.

In dem Manifest wird weiter hingewiesen auf die Gefährlichkeit des Gesetzes, wodurch die Arbeiter an Händen und Füßen geknebelt und ihre soziale Bewegungsfreiheit total beschränkt würde. Die großen ausländischen Kapitalzusammenschlüsse könnten dann die Preise für alle Lebensbedürfnisse bestimmen, auch die Höhe der Löhne der Arbeiter; es wird sich immer ein Schiedsrichter finden, der diese Löhne als entsprechend hoch ansieht. In dem Manifest wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß die konservative Regierung im Jahre 1912 eine Vorlage über Zwangsvermittlung verlangte, sie aber wieder zurückzog, weil die Arbeiter einstimmig dagegen protestierten. Die nun am Ruder sich befindende liberal-demokratische Regierung beachtet die Kundgebungen und Proteste der Arbeiter als Luft und pocht auf ihre zufällige Macht.

Das Manifest schließt mit den Worten: Die Staatsbehörden sollen nicht länger im Zweifel sein über die Meinung der Arbeiter in dieser Sache. Durch eine allgemeine Arbeitsniederlegung geben die Arbeiter ihre stärkste Willensäußerung in dieser Sache zu erkennen. Sie erheben sich von ihrem Arbeitsplatz, kommen hervor von den Tausenden von Stellen und Plätzen, wo die Männer der Arbeit im Kampfe des Tages stehen; sie kommen hervor zum Protest gegen das Zwangsgesetz — ein Protest, der alle Arbeit ruhen läßt, eine Willensäußerung, so gewaltig, daß die Statasbehörden darauf hören müssen. — Es gilt unsere Lebensinteressen, deshalb ruft der Kongreß die norwegische Arbeiterklasse auf zum Handeln, wohl wissend, welche Opfer von dem einzelnen Arbeiter verlangt werden. Aber kein Opfer ist zu groß, wenn es gilt, die Freiheit der Arbeiterklasse und ihr Recht, zu kämpfen für ihre Freimachung, zu verteidigen. Deshalb werden die norwegischen Arbeiter in Reih und Glied in den Generalstreik marschieren, um den Staatsmächten ihren tiefen und starken Unwillen gegen den vorliegenden Gesetzesvorschlag zu beweisen." — Der Kongreß hat es dem Landessekretariat überlassen, den Tag, an welchem der Generalstreik beginnen soll, selbst zu bestimmen.

Das ist die Musik zu den Jubiläumsfestlichkeiten aus Anlaß der 100jährigen politischen Selbständigkeit Norwegens und der Grundlegung seiner freien Verfassung. In diesem Jahre gerade bricht die liberal-demokratische Regierung die Verfassung, macht die reaktionären sozialen Gesetze und opfert ungezählte Millionen dem Militarismus. Diese Regierung hat sich ihr eigenes Grab gegraben, sie wartet nur noch auf den Totengräber, der schon vor der Tür steht!

Aus der Partei.

Aufgehobenes Urteil. Wie in vielen Parteibuchhandlungen, so war auch in der Buchhandlung der „Rheinischen Zeitung" in Köln die Broschüre „Kindersegen und Arbeiterklasse" konfisziert worden, und die Kölner Strafkammer verurteilte den verantwortlichen Expedienten Decker wegen angeblicher Verbreitung unzüchtiger Schriften zu einer Geldstrafe von 20 Mk. Wenn auch das Buch, so hieß es in den Urteilsgründen, nicht in der Absicht geschrieben sei, die Geschlechtslust zu reizen, sondern einen Sprlapparat empfehle, so käme sie doch wahllos in die Hände verheirateter Personen, die durch die Lektüre nur ihre Lüsternheit reizen sollten. Der Angeklagte müsse diesen Charakter der Schrift gekannt haben. — Das Reichsgericht erklärte jetzt die Revision Deckers für begründet, der gerügt hatte, daß die objektive Unzüchtigkeit in keiner Weise festgestellt sei. Auch der Reichsanwalt betonte, daß das Kölner Landgericht den Begriff der Unzüchtigkeit verkannt habe; es hätte die Feststellung treffen müssen, daß die Schrift das im Volke herrschende Scham- und Sittlichkeitsgefühl in geschlechtlicher Beziehung verletze.

Gewerkschaftsbewegung.

Achtung, Former und Gießereiarbeiter! Bei der Firma Schlüter in Freising (Bayern) streiken die Former und Kernmacher wegen Akkordkürzungen. Die Firma versucht, Arbeitswillige herbeizuschaffen und bedient sich dabei der Rechtsauskunftei Rosenberg-Berlin, Pappel-Allee, die Arbeitswillige angeblich für München anwirbt, in Wirklichkeit aber nach Freising vermittelt.

Zur Lohnbewegung der Berliner Brauereiarbeiter. Die unter den Brauereiarbeitern vorgenommene Urabstimmung über Annahme oder Ablehnung der von den Brauereibesitzern gemachten Zugeständnisse hat folgendes Resultat ergeben: Von den in Ringbrauereien beschäftigten Arbeitern wurden 4747 Stimmen abgegeben, davon 2091 für und 2655 gegen die Annahme. An der Zweidrittelmajorität für die Ablehnung fehlen 510 Stimmen. Von den Arbeitern in den ringfreien Brauereien wurden 1251 Stimmen abgegeben, davon 135 für und 1116 gegen die Annahme. Hier ist die Zweidrittelmajorität für die Ablehnung reichlich vorhanden. Insgesamt fehlen aber an der Zweidrittelmajorität für die Ablehnung 228 Stimmen. Die Lohnkommission wird mit den Vertrauensleuten nun zunächst über die weiteren Maßnahmen beraten.

Der Streik am Kölner Brückenbau ist beendet. Die in Betracht kommende Firma Grün u. Bilfinger hat sich den für das Kölner Baugewerbe bestehenden Verträgen unterworfen.

Erfolgreicher Brauereiarbeiterstreik in Hof i. B. Nach dreitägigem Ausstand konnte der Streik mit gutem Erfolg für die Arbeiter beendet werden. Erreicht wurde die 9½stündige tägliche Arbeitszeit, Bezahlung der Extraarbeiten an Sonntagen, eine sofortige Lohnerhöhung von wöchentlich 1,00 Mk. und eine weitere Zulage von 50 Pfg. während der Vertragsdauer. Die geplanten Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse durch die Unternehmer sind damit abgewehrt. Am 4. April nahmen die Streikenden die Arbeit wieder auf, die Streikbrecher mußten den Betrieb verlassen.

Lohnbewegungen im Gärtnergewerbe. Von den vier in diesem Jahre abgelaufenen und gekündigten Tarifverträgen in Hamburg, Düsseldorf, Remscheid und München haben die Verhandlungen in drei Städten zu einer Erneuerung der Verträge geführt. In Hamburg lehnen die Unternehmer eine Erneuerung des Vertrages ab. Die von den Arbeitern eingereichten Forderungen wurden als undiskutabel bezeichnet. Es wurde verlangt, andere Forderungen zu formulieren, wenn es zu Verhandlungen kommen sollte. Dies wurde von den Arbeitern mit der Begründung abgelehnt, daß die im Vertrage vorgesehene Tarifkommission geschaffen sei, um zu verhandeln und vorhandene gegensätzliche Differenzen auszugleichen. Daraufhin teilten die Unternehmer mit, daß sie überhaupt von einer Erneuerung des Tarifvertrages absehen. Dieser tariffeindliche Standpunkt ist auch nur auf den Einfluß des Unternehmerverbandes „Unterelbe", dem die selbständigen Landschaftsgärtner angehören, zurückzuführen. In Düsseldorf ist die Erneuerung des Tarifvertrages auf drei Jahre abgeschlossen. Der Tarif gilt für die Branchen der Landschafts-, Friedhofs- und Handelsgärtnerei. Für Landschaftsgärtnerei tritt innerhalb der Tarifdauer eine Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Pfg. auf 55 Pfg. ab 1. Januar 1916 ein. Für die Handelsgärtnerei ist nur eine Steigerung des Wochenlohnes um eine Mark während der Vertragszeit möglich gewesen. Der Lohn beträgt für Junggehilfen 22 Mk., für Gehilfen im zweiten Jahr nach beendeter Lehre 24 Mk. Der geringe Erfolg ist auf die schlechte Organisation zurückzuführen. Für die Friedhofsgärtnereien beträgt der Lohn je nach Branchentätigkeit 24, 26 und 27 Mk. — Wichtig ist bei dem Düsseldorfer Vertragsabschluß, daß er mit der Gruppe des Verbandes der Handelsgärtner abgeschlossen ist. Der Hauptvorstand des Verbandes, der stärksten Unternehmerorganisation des Gärtnerberufes hatte einen Vertragsabschluß als Verbandsgruppe untersagt; falls ein Vertrag nicht zu umgehen sei, sollte ein anderer Organisationsname als Kontrahent genannt werden. Die Düsseldorfer Unternehmer lehnten es ab, diese lächerliche Vogelstraußpolitik mitzumachen. In Remscheid ist es gelungen, aus den bisher geltenden Einzelverträgen einen Ortstarifvertrag zu gestalten, der auf vier Jahre gilt. Der Vertrag bringt eine Erhöhung der Stundenlöhne um 6 Pfg. auf 56 Pfg. ab 1. Januar 1917. Die Wochenlöhne in der Handelsgärtnerei betragen für Gehilfen bis zu 20 Jahren 23,50 Mk., bis zu 22 Jahren 25 Mk., über 22 Jahre 27 Mk. In Duisburg lehnen die Unternehmer die Erneuerung eines Tarifvertrages ab. Die Arbeitsniederlegung in einigen Betrieben wird deshalb in nächster Zeit erfolgen. In Solingen haben die Verhandlungen zu keinem Abschluß geführt, doch besteht dafür noch einige Aussicht. In Braunschweig ist es am 30. März in drei Betrieben der Landschaftsgärtnerei zum Ausstand gekommen. Die Unternehmer weigern sich, eingearbeiteten Arbeitern einen Stundenlohn von 45 Pfg. zu zahlen. In der Handelsgärtnerei wird außer einem Mindestlohn von 21 Mk. die Beseitigung des Kost- und Wohnungszwanges verlangt. In Eisenach zeigen die Unternehmer ebenfalls kein Entgegenkommen. Sie wollen sich wie „bisher" mit ihren Leuten selbst einigen. Was dabei herauskommt, zeigen die dort bestehenden Lohnverhältnisse: 14 bis 18 Mk. Wochenlöhne, 30 bis 34 Pfg. Stundenlöhne gehören dort nicht zu den Ausnahmen. Die Forderungen betragen hier 20 bis 22 Mk. Wochenlohn und 35 bis 38 Pfg. Stundenlohn für Hilfsarbeiter. In München ist der gekündigte Vertrag für die Landschaftsgärtnerei auf drei Jahre erneuert. Die Verhandlungen gestalteten sich schwierig, weil die Unternehmer, sich auf die ungünstige Konjunktur stützend, nur einen Vertrag auf vier Jahre und jedes Jahre einen Pfennig Lohnerhöhung zugestehen wollten. Durch die Mitwirkung des Gewerbegerichts wurde dann eine Einigung erzielt. Sämtliche Stundenlöhne werden am 15. März um 2 Pfg. und ab 1915 abermals um 2 Pfg. erhöht. Die Stundenlöhne betragen demnach jetzt 56 Pfg., nächstes Jahr 58 Pfg. Für das Starnbergerseegebiet werden die für München geltenden Tariflöhne verlangt. In Ulm a. D. ist eine Bewegung eingeleitet. Wie notwendig dort eine Erhöhung der Löhne ist, zeigen die als Mindestlohn aufgestellten Forderungen von 30 Pfg. Stundenlohn für Junggehilfen, der nach fünfjähriger Gehilfentätigkeit auf 38 Pfg. steigen soll. In Dresden wurde im vorigen Jahre der Mindestlohn von 53 Pfg. für die Landschaftsgärtner erkämpft. Der Lohn sollte in diesem Jahre auf 55 Pfg. steigen. Die Unternehmer mußten erst durch mehrere Betriebsbewegungen daran erinnert werden, daß sie ihre vorjährige Zusage auch innehalten müssen. Bis auf wenige Betriebe wird jetzt der Lohn von 55 Pfg. bezahlt. In Leipzig stehen die Arbeiter der Neuanlage des Schönefeldschen Parkes, ausgeführt durch die Firma Hauber, in einer Bewegung für den in Leipzig geltenden Stundenlohn von 50 Pfg. In Königsberg i. Pr. gelang es, die von einer Terraingesellschaft gezahlten Löhne auf dem Wege der Verhandlung um 3 Pfg. zu erhöhen. — Diese Bewegungen werden ausschließlich vom Zentralverband, dem „Allgemeinen Deutschen Gärtner-Verein", geführt. In Düsseldorf, Duisburg und Ulm ist der christliche Gärtnerverband beteiligt. Zu beachten ist, daß die Bewegungen nicht nur die gelernten Gärtner, sondern auch die in den Gärtnereien beschäftigten Hilfsarbeiter umfassen.

Soziales.

Zur Frage der Arbeitslosenversicherung. In Posen hatte die Arbeiterschaft unter einer enormen Arbeitslosigkeit zu leiden. Die Arbeiterorganisationen wandten sich um Hilfe an den Magistrat, forderten Notstandsarbeiten, Einführung der Arbeitslosenversicherung. Die Antwort des Magistrats lautet: „Der Magistrat ist der Auffassung, daß die Arbeitslosigkeit zurzeit für überwunden gelten kann und daß die Stadt von der Einführung einer Arbeitslosenversicherung zurzeit absehen müsse, solange nicht eine Unterlage durch Reichs- oder Staatsgesetzgebung geschaffen sei. Deshalb und weil eine besondere Notlage nicht besteht, nimmt der Magistrat davon Abstand, eine Vorlage zu machen. Er sieht das Normale in der Selbsthilfe der Arbeiter." In derselben Sitzung wurden aber 12 000 Mark für festliche Veranstaltungen bewilligt. Ferner wurde beschlossen, die Einkommen von über 420 Mk. zur Steuer heranzuziehen.

Krankenkasse und Ärzte in Barmen. Vor dem Schiedsgericht ist ein Vertrag zwischen der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Barmen und den dortigen Ärzten zustande gekommen. Der Schiedsspruch geht dahin: Die allgemeine Ortskrankenkasse zahlt einen Pauschalsatz von 9 Mark pro Mitglied als Höchstgrenze, d. h. die Kasse zahlt für Konsultation 1 Mk., für Besuch im Hause 1,50 Mk., für Extraleistungen nach den Minimalsätzen der preußischen Gebührenordnung. Der Gesamtbetrag darf den Satz von 9 Mk. pro Jahr und Mitglied nicht übersteigen. Der Vertrag gilt vom 1. April cr. ab. Welche neue Belastung dadurch der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Barmen aufgehalst wird, ersieht man daraus, daß bisher pro Mitglied und Jahr 7 Mk. bezahlt wurde. Die Kasse glaubte nicht, über 8,50 Mk. hinausgehen zu können, worauf der Schiedsspruch 9 Mk. festsetzte. Das bedeutet für die Barmer Kasse eine jährliche Mehr-

ausgabe von 90000 Mark bei dem jetzigen Mitgliederbestande und für die Ärzte eine Lohnerhöhung von 28 Prozent.

Wohnungselend in Elbing. In Elbing meldeten sich 46 Familien beim Magistrat, die am jetzigen Umzugstermin keine Wohnung erhalten konnten. Vor dem 1. April hatten bereits 35 andere Familien um die Überweisung einer Wohnung bei der Stadtverwaltung nachgesucht. Das sind traurige Verhältnisse!

Eine große öffentliche Kundgebung für Fortführung der Sozialreform veranstaltet am Sonntag, dem 10. Mai, in Berlin die Gesellschaft für Soziale Reform. Als Redner sind Staatsminister Dr. Frhr. v. Berlepsch und Professor Dr. Francke in Aussicht genommen. Der Kundgebung geht am 9. Mai eine außerordentliche Tagung der Gesellschaft voraus, die sich besonders mit Privatangestelltenfragen beschäftigen soll.

Aus dem Gerichtssaal.

Rekrutenschinderei vor Gericht. Vor dem Kriegsgericht der 3. Division in Stettin standen am Freitag vier Sergeanten, fünf Unteroffiziere und ein Gefreiter von der 10. Kompagnie des Grenadierregiments Nr. 2, die sich wegen schwerer Mißhandlung von Untergebenen zu verantworten hatten. Fast alle Leute der 10. Kompagnie waren als Zeugen geladen. Die Verhandlung nahm den ganzen Tag in Anspruch. Die Beweisaufnahme zeigte wieder jenes furchtbare Bild von Soldatenschindereien, die bei dem preußisch-deutschen Kommiß in erschreckender Zahl vorkommen. Der Sergeant Wille hatte seine Freude daran, die Mannschaften des Nachts aus den Betten zu treiben. Daß er sie dabei nicht vorschriftsmäßig behandelte, braucht nicht besonders betont zu werden. Das Vergnügen soll er jetzt mit zwei Tagen gelinden Arrest büßen. Mit sechs Wochen Mittelarrest kam der Sergeant Jahn davon. Er war besonders darauf bedacht, den Untergebenen, die willensschwach waren oder aus anderen Gründen die Befehle des pflichteifrigen Vorgesetzten nicht schnell genug ausführen konnten, mit Ohrfeigen und sonstigen Fürsorglichkeiten nachzuhelfen. Daß einem Soldaten gelegentlich auch ein Bund Schlüssel an den Kopf geworfen wurde, hielt dieser Rekrutenzieher für ganz in der Ordnung. Der Sergeant Müller wußte noch eine Steigerung in der liebevollen Behandlung der Soldaten dadurch zu erzielen, daß er neben den üblichen Ohrfeigen, Schläge mit dem Seitengewehr, der Klopfpeitsche und sogar mit dem Feuerhaken austeilte. An einem Soldaten, dessen Rock schmutzig war, nahm der Herr Sergeant eine so gründliche Reinigung vor, daß er allein 3 Flaschen Benzin verbrauchte; wobei er das Gesicht des Mannes ganz furchtbar traktierte. Der Gerichtshof war empört über diese Tortur und erkannte gegen den Reiniger auf eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten. Der Unteroffizier Schiefelbein hatte beim Exerzieren mit dem Gewehrkolben und dem Seitengewehr nachgeholfen. Er wurde zu 4 Monaten und 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Unteroffizier Köhn hielt in Punkto Qualität mit seinen Kollegen gleichen Schritt, dagegen hat er sie in der Quantität der Schindereien bedeutend übertroffen. Nicht weniger als 74 Fälle von Mißhandlungen Untergebener während des Dienstes und 45 Fälle von vorschriftswidriger Behandlung wurden ihm zur Last gelegt. Schließlich suchte er die Soldaten auch noch zu falschen Aussagen zu überreden. Das Gericht verurteilte diesen Angeklagten zu acht Monaten Gefängnis und ordnete seine sofortige Verhaftung an. Die übrigen Rekrutenpeiniger kamen bedeutend billiger davon. Der Gefreite Schnaack und der Unteroffizier Vormelker wurden freigesprochen. Verurteilt wurden noch der Unteroffizier Harsdorf zu 10 Tagen, Unteroffizier Jester zu 14 Tagen und Sergeant Engler zu einer Woche Mittelarrest. — Ein Gegenstück zu diesen Brutalitäten bildet ein an sich harmloser Fall, der das gleiche Gericht beschäftigte und der einen Soldaten von der gleichen Kompagnie betraf. Der Grenadier Werner hatte sich von seinem Truppenteil heimlich entfernt. Als Grund hierfür gab der Soldat an, daß er von dem Unteoffizier Köhn und von verschiedenen Kameraden so arg mißhandelt worden war, daß er nichts anderes zu tun wußte, als sich durch die Flucht von den Drangsalierungen zu befreien. Er wollte nicht ständig dem Truppenteil fernbleiben und legte während der Abwesenheit auch niemals seine Uniform ab. Das Gericht erkannte auf die gesetzlich zulässige Mindeststrafe von 43 Tagen Gefängnis. Die Strafe wurde durch die Untersuchungshaft für verbüßt erachtet.

Milde Justiz gegen herrschaftliche Dienstbotenschinder. Vor der Strafkammer in Frankfurt a. d. O. stand eine ländliche „Herrschaft" aus Neuhardenberg, angeklagt wegen Mißhandlung, Freiheitsberaubung, Körperverletzung usw. ihres Dienstmädchens. Obwohl das arme Geschöpf den Dienst nach besten Kräften versah und von der Natur geistig stiefmütterlich ausgestattet war, also eine besonders rücksichtsvolle Behandlung verdient hätte, wurde es von dem Arbeitgeberpaar geradezu viehisch traktiert: mit Besenstielen geschlagen und mit Füßen getreten und nachts in einen Stall gesperrt, wo es auf Stroh liegen mußte, nachdem die Stalltüren zugebunden waren, damit ein Entrinnen unmöglich sei. Selbst der Staatsanwalt war über die Roheit der Angeklagten entrüstet und beantragte sechs Monate Gefängnis und die sofortige Verhaftung. Aber die Richter dachten anders und hielten die scheußlichen Taten mit 200 Mk. Geldstrafe für den Ehemann und 100 Mk. für die Ehefrau für hinreichend gesühnt. — Solange die ländlichen Dienstboten nicht besser geschützt werden, wird ihre Sklaverei nicht aufhören, wird aber auch die „Leutenot" nicht nachlassen, wird auch von Gleichheit vor dem Gesetz keine Rede sein.

Die Bedrohung mit dem Revolver — straffrei.
Die Bedrohung mit der Forke — strafbar.

Vor dem Wehlauer Schöffengericht hatte sich ein Kutscher aus Rockelheim wegen Bedrohung und Beleidigung des Inspektors zu verantworten. Er war eines Tages mit dem Inspektor in Differenzen geraten, und dieser hatte als schneidiger Herr sofort nach ostelbischer Manier den Revolver hervorgeholt. Deshalb hatte der Kutscher zur Forke gegriffen, um, wie er vor Gericht sagte, sich zu schützen. Denn es sei ihm bekannt, daß der Inspektor bei der geringsten Ursache auf die Leute schieße. Während der Inspektor wegen der Bedrohung mit dem Revolver gar nicht auf die Anklagebank gekommen war, wurde der Kutscher wegen der Bedrohung des Inspektors mit der Forke und wegen Beleidigung zu 21 Mark Geldstrafe verurteilt.

Der Partenkirchner Magistrat zu Haft verurteilt. Ein Beleidigungsprozeß zwischen dem Magistrat von Partenkirchen und einer Lehrerin hat jetzt dazu geführt, daß die Magistratsmitglieder zu Haftstrafen verurteilt wurden. Die Lehrerin Franziska Kaltenstadler in Partenkirchen hatte wiederholt über ihre Dienstwohnung berechtigte Klage zu führen, die vom Magistrat jedoch stets abgewiesen wurde. Bürgermeister Hellweger ließ während der Abwesenheit der Lehrerin eine seiner Frau befreundete Krankenpflegerin in einem Zimmer der Lehrerin wohnen. Dieses Vorgehen gegen die Lehrerin wurde vom Bezirksamt in Garmisch nicht gebilligt. Der Magistrat beschwerte sich dann bei der Regierung und sprach in dieser Beschwerde davon, daß sich die Lehrerin in einer „ungezogenen Weise" dem Magistrat gegenüber benommen habe. Die Lehrerin strengte darauf eine Beleidigungsklage gegen den Magistrat an, und die Beklagten erhoben Widerklage; das Schöffengericht in Partenkirchen sprach beide Parteien frei. Gegen dieses Urteil legten die Lehrerin und der Magistrat Berufung beim Landgericht München II ein, und das Landgericht wies gestern die Berufung des Magistrats ab und verurteilte den Bürgermeister zu drei Tagen Haft, die übrigen fünf Beklagten zu je zwei Tagen Haft.

Aus Nah und Fern.

Liebesdrama. In Breslau erschoß der Bureauvorsteher Müller eine 16jährige Maschinenschreiberin, die seinen Liebesanträgen keine Folge leisten und nicht mit ihm flüchten wollte. Die Flucht scheint schon seit langem vorbereitet gewesen zu sein. Vor 5 Tagen hat Müller 5000 Mk. nicht abgeliefert, die er wegschicken sollte. Außerdem hat er seinem Vater ein Sparkassenbuch gestohlen, das ihm dieser jedoch wieder abgenommen hat.

Heftige Stürme wüteten gestern im Thüringer Wald und in Bayern. In Blankenburg wurde ein leerer Lokomotivschuppen umgeworfen. Ein großer Schornstein wurde umgestürzt, der in Telegraphen-, Fernsprech- und Starkstromdrähte fiel und dadurch eine große Anzahl Leitungen, so nach Saalfeld und Rudolstadt, zerstörte. Erhebliche Sturmschäden ereigneten sich in der Umgegend von Eisfeld. In Koburg wurden Schlote umgeworfen und die oberen Geschosse einiger Anwesen beschädigt. Aus anderen Orten werden große Schäden an Gebäuden und Bäumen berichtet. Ferner wird aus München gemeldet: Gestern mittag wütete in Südbayern ein orkanartiger Sturm, der an verschiedenen Stellen Schaden anrichtete. In München wurde ein Haus abgedeckt. Sechs Personen sind verletzt worden. In Passau ist ein 25 Meter hoher Aussichtsturm umgestürzt und zertrümmert.

Drei Bäckergehilfen erstickt. Der Bäckermeister Staniek in Zwebschau bei Brünn fand, als er die Gehilfen zur Arbeit wecken wollte, diese bewußtlos in ihrem Schlafraum auf. Der Arzt konnte nur noch den eingetretenen Tod infolge Kohlenoxydgasvergiftung feststellen. Die Gehilfen hatten abends die Schubtür des Ofens geschlossen, wodurch das Kohlengas in den Schlafraum drang und den Tod der drei Bäckergehilfen herbeiführte.

Der Abschied des Kölner Polizeipräsidenten. Herrn v. Weegmann, dem Kölner Polizeipräsidenten, ist die erbetene Entlassung aus dem Staatsdienst unter Verleihung des Kronenordens 2. Klasse erteilt worden. v. Weegmann ging bekanntlich sofort nach dem Kölner Polizeiprozeß auf Urlaub, aus dem er, wie zu erwarten war, nicht mehr auf seinen Posten zurückkehrt. Für die vielen Blamagen, die der Kölner Polizeigewaltige in der letzten Zeit erlitten hat, ist ihm der Kronenorden schon zu gönnen.

Mord und Selbstmord im Wahnsinn. In Birkenberg bei Pribram (Böhmen) erschlug der Bergarbeiter Scherner in einem Anfall von Wahnsinn seinen elfjährigen Sohn und seine Frau und verübte dann Selbstmord. Sein anwesender zweiter Sohn verlor vor Schreck die Sprache.

Hungerstreik gefangener Frauen in Petersburg. Die russischen weiblichen Gefangenen, die wegen politischer Vergehen bestraft wurden, haben in Petersburg den Hungerstreik erklärt. Sie verweigern die Aufnahme jedweder Nahrung und wollen in ihrer Weigerung solange beharren, bis die von ihnen der Gefängnisverwaltung übermittelten Bedingungen erfüllt worden sind. Die Gefangenen verlangen u. a. bessere Nahrung, längere Spaziergänge, die Erlaubnis, ihre Angehörigen zweimal in der Woche sehen zu dürfen und schließlich das Recht zur Benutzung einer größeren Anzahl Bücher aus der Gefängnisbibliothek.

Einem Großfeuer in Geeisenstein im Dillkreise fielen zwölf Häuser zum Opfer.

Freuden und Leiden beim Flugsport. Bei dem sogenannten Sternflug nach Monaco, dem internationalen Flugwettbewerb, der in diesen Tagen ausgetragen wird, handelt es sich darum, zunächst Marseille zu erreichen und von dortaus im Wasserflugzeug nach Monaco zu fliegen. Bis jetzt sind an dem Wettbewerb erst zwei Konkurrenten ernsthaft beteiligt: Brindejonc de Houlinois, der französische Meisterflieger, und Helmut Hirth. Brindejonc startete am Donnerstag in Madrid und erreichte am abend Marseille. Von dort aus flog er am Freitag nach Monaco. Zur Zurücklegung der 1283 Kilometer langen Strecke gebrauchte er etwas über zwölf Stunden reine Flugzeit. Hirth startete am Sonnabend früh in Gotha mit Passagier und erreichte nach Zwischenlandungen in Frankfurt a. M. und Dijon am Abend Marseille. Die Entfernung in der Luftlinie beträgt 1100 Kilometer. Hirth hat bis jetzt die Zeit Brindejoncs um eine Stunde geschlagen. Hirth teilte einem Berichterstatter mit, daß er fast auf der ganzen Strecke von Gotha bis Marseille mit widrigen Winden, mit Schneetreiben, Hagel und Wirbeln zu kämpfen hatte. Auf dem Wege von Dijon bis Marseille sei er im Rhonetal in so dichten Nebel geraten, daß er kaum seinen Fluggenossen wahrgenommen hätte. Auf dem Fluge habe er sich zumeist in einer Höhe von 2500 Metern gehalten. Trotz heftigem Sturm flog Hirth am 6. April um 8 Uhr 53 Min. von Marseille nach Monaco ab.

Als Hirth gestern früh 9 Uhr 15 Min. bei Tamaris landen wollte, schlug sein Apparat um. Hirth und sein Passagier blieben unverletzt. Nach den notwendigen Reparaturen steigt der Flieger wieder auf. Hirth, wie sein Fluggenosse Schlüter, erlitten bei dem Unfall bei Tamaris einige, wenn auch sehr leichte Verletzungen. Doch ist es zweifelhaft, ob sie noch am gleichen Tage den Flug fortsetzen konnten. Der erste Platz scheint demnach Brindejonc gesichert zu sein.

Eine sensationelle Verhaftung wegen Spionage melden Kiewer Blätter aus Südrußland. In Zmierzynka (Schmierschinka) ist der russische Eisenbahntelegraphenbeamte Zytkowski verhaftet worden, der als Spion ausländischer Mächte eine eigene drahtlose Telegraphenstation unterhielt und drahtlose Telegramme nach Berlin, Nauen, Hamburg und Paris sandte. Zytkowski konnte nur aus dem Grunde auf diese Weise Mitteilungen ins Ausland gelangen lassen, weil er sich um die Verbesserung des russischen Telegraphenwesens schon große Verdienste erworben und von der Regierung die Erlaubnis erhalten hatte, eine private Telegraphenstation für drahtlose Telegraphie für seine Experimente einzurichten. Zytkowski gilt als ein außerordentlich befähigter Techniker und demnächst sollte ihm ein höherer Posten im russischen Telegraphenwesen übertragen werden. Nach den russischen Zeitungen hat Zytkowski zunächst die Telegrammen aufgefangen, welche der russische Generalstab in Petersburg an den Stab des Kiewer Militärbezirks gab. Mit Genehmigung der Behörden setzte sich auch Zytkowski mit der meteorologischen Station auf dem Eiffelturm in Paris in Verbindung und vermittelte den russischen Südwest-Eisenbahnen die Wetterberichte des Bureaus auf dem Eiffelturm. So konnte, wie die russischen Blätter schreiben, Zytkowski durch seine drahtlose Telegraphiestation ungestört mit Berlin, Nauen, Hamburg usw. verkehren. Nach den russischen Blättern soll Zytkowski die Telegramme, welche die russischen Militärbehördenzwischen Petersburg und Kiew wechselten, nach Berlin-Nauen weitergegeben haben. Eine Untersuchungskommission ist aus Petersburg bereits nach Zmierzynka abgereist.

Der „Southern Croß" verloren. Der Robbenfänger Erie, der Sonntag mittag in St. Johns eingetroffen ist, berichtet, daß er von dem Dampfer „Southern Croß", der früher „Terra Nova" hieß und Shackletons Expeditionsschiff war, nichts sah und hörte. Die Dampfer „Erie" und „Southern Croß", erzählt er, waren am Donnerstag vor acht Tagen zusammen. An diesem Tage trat die „Southern Croß" die Heimreise an; sie war mit 17 000 Robben so beladen gewesen, daß sie einen Teil der Vorräte und Kohlen auf Deck verstauen mußte. Ein zweiter Robbenfänger, der Sonntag nachmittag eingetroffen ist, sichtete die „Southern Croß" am Freitag vor acht Tagen auf der Heimreise begriffen. Das Schiff gilt mit seiner Besatzung von 175 Mann für verloren.

Brutale Uebergriffe eines österreichischen Offiziers. Aus Bruneck wird gemeldet: Hauptmann Ritter von Dittmann vom 36. Infanterieregiment in Bruneck befand sich in der vergangenen Nacht mit fünf Herren der Jagdgesellschaft Hubertus in dem „Gasthof zum weißen Lamm" und später im Weinkeller der Weinhandlung von Meyer. Als der Offizier den Weinkeller verlassen wollte, fand er die Tür verschlossen. Als diese nicht sofort geöffnet wurde, geriet der Offizier in eine große Aufregung, schrie und zog den Säbel. Als dann die Tür geöffnet war, holte der Hauptmann aus der Kaserne einige Mann herbei, welche dann mehrere Herren auf seinen Befehl verhafteten und in die Kaserne brachten. Soweit die Angelegenheit, welche vom Kommando des 14. Armeekorps bestätigt wird, sich übersehen läßt, handelte der Urheber des bedauerlichen Vorfalles im Zustand völliger Sinnesverwirrung. (!) Von zuständiger Seite ist sofort alles nötige eingeleitet worden, um den Sachverhalt klarzustellen. (Natürlich!)

Ein Knabe beim Spiel verunglückt. Der seit 14 Tagen vermißte zehnjährige Knabe Willy Ganschow aus Berlin ist am Sonntag im Straußberger Forst als Leiche aufgefunden worden. Er hatte mit seinen Kameraden auf einem Ausfluge „Fuchs und Hase" gespielt, er war Hase und flüchtete vor seinen ihn verfolgenden Kameraden, später fehlte Willy Ganschow. Obwohl seine Kameraden sich sofort auf die Suche begaben, und später auch Gendarmerie, wurde er nicht gefunden. Sonntag unternahmen etwa hundert Personen abermals eine Streife und fanden an einer einsamen Stelle den Knaben als Leiche auf. Ob er vor Angst infolge eines Herzschlages oder infolge Erschöpfung gestorben ist, wird die Obduktion ergeben.

Analphabeten in Österreich-Ungarn. Die Zahl der Analphabeten beträgt auf tausend erwachsene Einwohner in Nieder- und Oberösterreich sowie in Böhmen 59, in Tirol, Vorarlberg und Mähren 71—78, Salzburg 87, Schlesien 111, Steiermark 180, Kärnten 240, Krain 314, Küstenland 382, Ungarn 410, Galizien 639, Dalmatien 736. — Je rückständiger und je klerikaler ein Land, desto mehr Analphabeten. Man kann auch sagen: je analphabetischer, desto klerikaler!

Meuterei in einem Zuchthause. Während der Durchsuchung der Arrestanten des Zuchthauses in Cherson überfielen die Sträflinge ihre Aufseher und verwundeten zwei. Bei Unterdrückung der Meuterei wurden zwei Sträflinge von der Gefängniswache getötet und fünf verwundet.

Eine furchtbare Bluttat ist in Oklohama (Amerika) verübt worden. Zwei junge Indianer vom Stamme der Seminolen haben eine vierköpfige Familie ermordet. Sie erschienen vor dem Hause des reichen Farmers David Bollees. Als der Farmer auf ihr Klopfen öffnete, gaben sie Revolverschüsse auf ihn ab, wodurch er sofort getötet wurde. Auf die Schüsse eilte die Frau des Farmers herbei, die von den Indianern ebenfalls erschossen wurde. Einem 14jährigen Knaben schlugen die Indianer mit einem Eisenstück den Schädel ein. Ein zweijähriges Mädchen wurde erschossen. Die Polizei verhaftete die beiden Indianer und brachte sie in das Gefängnis. Kaum hatte sich jedoch die Nachricht von der Mordtat verbreitet, als eine Anzahl Seminolen vor dem Gefängnisgebäude erschienen, die versuchten, ihre beiden Stammesgenossen herauszuholen, um sie zu lynchen. Die Seminolen sind über das Verbrechen ihrer Stammesgenossen aufs höchste erregt, da sie befürchten, daß die Weißen an ihnen Rache wegen des Verbrechens nehmen werden. Die Gefängniswache wurde durch Soldaten verstärkt, um die wiederholten Angriffe der Seminolen abzuwehren.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Neue Stiefel wie die alten, wird
Urbin
stets blank erhalten.
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Komitee- und Kommissionssitzungen

1. Distrikt
2844

Mittwoch, abends 8 Uhr, pünktl. im „Gewerkschaftshaus“.

Anna Köhn
Wilhelm Nevermann
2813) Verlobte.
Lübeck, den 5. April 1914.

Am Montag, d. 6. April entriß uns der unerbittliche Tod unsere kleine süße

Erna

im Alter von 4 Jahren. Tief betrauert von ihren Eltern und Geschwistern. (2821
J. Karsten und Frau, geb. Freese.

Am Sonnabend morgen starb infolge eines Unglücksfalles in Ratzeburg unser lieber Sohn, Bruder und Schwager

Johann Schröder

im 32. Lebensjahre, tief betrauert von seinen Eltern und allen, die ihm nahe standen.

Johann Schröder und Frau,
geb. **Burmeister.**
Lübeck, den 6. April 1914.
[illegible] 10.

Die Trauerfeier findet am Mittwoch, dem 8. April, nachmittags 2 Uhr, in der Kapelle Vorwerk Lübeck statt. (2845

Verband der
Fabrikarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Lübeck.

Nachruf.

Am Sonnabend, dem 4. April starb unser Mitglied, der Kollege

Friedr. Bremer.

Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.
2843) **Die Ortsverwaltung.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Sohnes danken herzlich (2875
W. Klingbiel und Frau.

Für die zahlreichen Aufmerksamkeiten anlässlich unserer Silberhochzeit danken bestens
Wilh. Grewsmühl u. Frau
2819) geb. **Siems.**

Allen Freunden und Bekannten die herzlichsten Glückwünsche zur Konfirmation.
Uhrmacher **W. Schröder u. Frau.**
2794) **Schwartau.**

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation danken herzlichst
Ernst Thies und Frau
nebst Sohn **Karl.**
2766 **Werderstraße 18.**

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke anläßlich der Konfirmation unseres Sohnes Reinhold sagen allen Verwandten und Bekannten unsern herzlichen Dank.
2797) **H. Ahrens u. Frau nebst Sohn.**

Für die vielen Gratulationen und Glückwünsche zur Konfirmation unseres Sohnes Bernhard danken herzlichst (2795
F. Werner u. Frau nebst Sohn.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Bertha danken herzlichst
Ernst Kasper u. Frau geb. **Schwarz.**
2793) **Moisling.**

Für die überaus zahlreichen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes Fritz danken herzlichst (2792
H. Mehrhof u. Frau n. Sohn.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation danken herzlichst (2806
H. Spahrmann u. Frau nebst Sohn.

Für die vielen Glückwünsche zur Konfirmation unserer Tochter Mariechen danken herzlichst (2805
K. Wulff u. Frau nebst Tochter.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation danken herzlichst **Johs. Vernimb u. Frau**
2803) nebst Sohn **Johannes.**

Sagen allen herzlichen Dank für die Aufmerksamkeiten zu der Konfirmation unseres Sohnes.
E. Gerhard und Frau.
2866) **Stockelsdorf.**

Für die vielen Geschenke und Gratulationen zur Konfirmation unseres Sohnes **Erwin** danken herzlichst (2866
Friedr. Engel und Frau
nebst Sohn **Erwin.**

2799

Nachruf.

Nach kurzer, schwerer Krankheit starb am Sonntag unser Vertreter für Lübeck und Umgegend

Herr Friedrich Kropf.

Wir bedauern den allzufrühen Heimgang desselben und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Schloßbrauerei Kiel
Aktiengesellschaft.
2877

Für die Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation den Kollegen besten Dank.
2867) **F. Tschachau u. Tochter.**

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes Paul danken herzlichst
Carl Hartleben und Frau
2809) **nebst Sohn.**

Für die erwiesenen Aufmerksamkeiten anläßlich der Konfirmation uns. Tocht. Karla danken herzl.
2810) **Karl Wolf und Frau.**

Für die vielen Gratulationen und Geschenke anläßlich d. Konfirmation uns. Sohnes Albert dank. herzl.
F. Krecker u. Frau nebst Sohn.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter danken herzlichst
W. Schipanski und Frau
2833) nebst Tochter **Hulda Unger.**

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation danken herzlichst
J. Hafemann und Frau
2835) nebst Tochter **Dora.**

Für die vielen Geschenke und Gratulationen zur Konfirmation unserer Tochter Minna danken herzlichst (2815
Wilh. Pries u. Frau nebst Tochter
„Holsteinisches Haus“.

Für die aus Anlaß der Konfirmation unserer Tochter Klara erwiesenen Aufmerksamkeit u. Geschenk. sagen allen herzlichen Dank. (2822
J. Prehn u. Frau u. Tochter **Klara.**

Für die überaus zahlreichen Aufmerksamkeiten anläßlich der Konfirmation unseres Sohnes Heinrich danken herzlichst (2847
Heinrich Oelfke u. Frau n. Sohn.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes Alfred danken herzlichst
Wilh. Kalk und Frau
2892) **nebst Sohn.**

Für die vielen Gratulationen danken herzlichst
A. Weitendorf und Frau
2852) nebst Sohn **Albert.**

Für die vielen Glückwünsche zur Konfirmation unseres Sohnes dank. herzlichst (2853
F. Gödecke u. Frau nebst Sohn.

Für die Aufmerksamkeiten zur Konfirmation danken herzlich
W. Westphal und Frau
2854) geb. **Bargmann.**

Für die vielen Glückwünsche zur Konfirmation unseres Sohnes Emil danken herzlich
C. Thedorff und Frau
2855) **nebst Sohn.**

Für die vielen Glückwünsche zur Konfirmation unseres Sohnes Franz danken herzlich
Ludwig Dedaw und Frau
2856) **nebst Sohn.**

Für die vielen Gratulationen zur Konfirmation danken herzlich
R. Heyck und Frau
2823) nebst Sohn.

Für die vielen Glückwünsche zur Konfirmation danken herzlichst
J. Koslika und Frau
2857) nebst Sohn **Alwin.**

Für die Gratulationen zur Konfirmation unserer Tochter **Anna** sagen wir unseren besten Dank.
Hans Grevesmühl und Frau
2858) nebst Tochter **Anna.**

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation danken herzlich
2859) **F. Thoren u. Frau n. Sohn.**

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes danken bestens (2827
Emil Eggers u. Frau n. Sohn **Emil.**

Für die vielen Gratulationen zur Konfirmation unserer Tochter danken herzlich (2824
G. Bohnsack u. **Frau** nebst **Luise.**

Für die vielen Glückwünsche zur Konfirmation unseres Sohnes danken herzlich (2826
Familie **Thomsen** u. **Sohn.**

Für erwiesene Aufmerksamkeit zur Konfirmation danken herzlich
Ed. Roggenkamp und Frau
2825) nebst Sohn **Walther.**

Für die vielen Gratulationen zur Konfirmation danken herzlich
H. Lender und Frau
2828) nebst Sohn **Wilhelm.**

Für erwiesene Aufmerksamkeit zur Konfirmation danken herzlich (2830
Eduard Tess u. **Frau** nebst Söhnen.

Für die vielen Geschenke und Gratulationen zur Konfirmation uns. Tochter danken herzlich (2870
Th. Schulz u. **Frau** n. Tochter **Ella.**

Für die, bewiesenen Aufmerksamkeiten u. Gratulationen zur Konfirmation unseres Sohnes **Willi** danken recht herzlich **Wilhelm Holst u. Frau**
2872) nebst Sohn.

Für die vielen Glückwünsche zur Konfirmation danken herzlich (2837
K. Mahler und Frau
nebst Sohn Hermann.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten bei der Konfirmation unser. Sohnes **Ernst** danken herzlichst (2831
F. Roß und Frau.

Für die Gratulationen u. Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes **Gustav** danken herzlich (2834
M. Gildenast und Frau nebst Sohn.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation danken herzlich
Joh. Schmitt und Frau
2839) **nebst Tochter Elisabet.**

Für die vielen Geschenke und Gratulationen zur Konfirmation unserer Tochter danken herzlich
Johannes Oldenburg u. Frau
2886) **nebst Tochter Hilda.**

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter danken herzlich **H. Muxfeldt und Frau nebst Tochter.** (2838

Für die vielen Glückwünsche zur Konfirmation unser. Sohnes Richard danken herzlich **G. Wagner u. Frau**
2839) nebst Sohn.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation danken herzlich
C. Aßmann und Frau
2842) nebst Sohn Emil.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter **Frida** danken herzlich.
2865) **H. Bruhn und Frau.**

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Gertrud danken herzlich
2851) **C. Suhr u. Frau nebst Tochter.**

Für die vielen Geschenke u. Gratulationen zur Konfirmation unseres Sohnes **Hans** danken herzlich (2841
Ernst Offen und Frau.

Für die vielen Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unseres Sohnes **Willy** sagen wir allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten unsern herzlichen Dank. (2878
Johs. Schröder u. Frau nebst Sohn.

Für die vielen Glückwünsche zur Konfirmation unseres Sohnes **Otto** danken herzlich (2874
F. Tews und Frau.

Für die vielen Geschenke und Glückwünsche zur Konfirmation unserer Tochter **Frieda** danken herzlich (2867
C. Richter und **Frau** nebst **Tochter.**

Für die vielen Glückwünsche zur Konfirmation unseres Sohnes **Heinrich** danken herzlich (2861
W. Wahls und **Frau** nebst Sohn.

Sagen allen Verwandten und Bekannten für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unseren herzlichsten Dank. (2869
W. Rönke u. **Frau** nebst Sohn **Karl.**

Für erwiesene Aufmerksamkeit zur Konfirmation danken herzlich
Emil Albrecht und **Frau**
2868) nebst **Sohn.**

Für die vielen Geschenke und Gratulationen zur Konfirmation unserer Tochter Erna danken herzlich
J. Krohn und **Frau**
2862) nebst Tochter **Erna.**

Für erwiesene Aufmerksamkeit zur Konfirmation danken herzlich (2863
F. Gillert u. **Frau** nebst Sohn.

Für die Geschenke und Gratulationen zur Konfirmation unseres Sohnes danken herzlich (2864
August Mann und Frau.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation danken herzlich (2881
H. Schumann nebst Sohn **Franz.**

Für die vielen Gratulationen und Glückwünsche anläßlich der Konfirmation unserer Tochter sagen besten Dank (2882
H. Memmert und **Frau.** Carlstr. 65.

Für erwiesene Aufmerksamkeit zur Konfirmation unserer Tochter danken herzlich (2816
Wilh. Wigger und Frau
nebst Tochter **Anni.**

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation danken herzlich
Frau **M. Kähler**
2820) nebst Tochter **Erna.**

Für die vielen Geschenke u. Gratulationen zur Konfirmation unseres Sohnes danken herzlich (2840
C. Bendfeld u. Frau n. Sohn Willy.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter **Martha** danken bestens
F. Lorenz und Frau
2891) nebst Tochter.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes **Gustav** danken herzlich.
Wilh. Stetenbuhr und Frau
2880) **nebst Sohn.**

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke z. Konfirmat. uns. Tochter **Frieda** danken herzlichst (2829
C. Kreutzfeldt u. Frau nebst Tochter.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter danken herzlich
Karl Bergmann und **Frau**
2884) nebst Tochter **Grete.**

Für die vielen Geschenke und Glückwünsche zur Konfirmation unserer Tochter Frida sagen besten Dank. (2860
Moritz Walther u. **Frau** nebst Tochter.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes Otto danken herzlichst (2817
J. Ohlsen u. Frau nebst Sohn.

Für die vielen Aufmerksamkeiten anläßlich der Konfirmation unseres Sohnes **Walther** danken herzlich
Wilhelm Eck und Frau
2892) **nebst Sohn.**

Für die vielen Geschenke und Gratulationen zur Konfirmation unserer Tochter **Martha** danken herzlichst (2885
J. Rowohl und **Frau** nebst Tochter.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke anläßlich der Konfirmation unseres Sohnes **Arthur** danken (2887
Carl Schroeder und Frau.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation danken herzlich
W. Jahncke und Frau
2890) **nebst Sohn Bruno.**

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter **Erna** danken herzlich
H. Havemann und **Frau**
2883) nebst Tochter.

Eine Frau

für den ganzen Tag gesucht.
2814) Kottwitzstraße 44, I. l.

Eine ältere Haushälterin

gesucht. Zu erfragen
2802) Belzerstraße 9, hinten.

Gesucht ein
jüngerer nücht. Arbeiter
möglichst aus der **Weinbranche.** Zu melden zwischen 10 und 1 Uhr.
Wilh. Rahfoth, Weinhandlung,
2850) **Untertrave 113.**

Bursche beim Milchwagen zum 1. Mai gesucht. (2643
Zu melden **Drögestr. 10.**

Anstreicher

auf Möbel gesucht. (2801
Max v. Czirpitzky, Grandorpstr. 42.

Malergehilfen

sucht **Aug. Fölsch.** (2871

Schulbücher für die 2. u. 3. Klasse der Mittelschule zu verkaufen. (2873) Gloxinstr. 17.

Gebrauchte **Volksschulbücher** von Klasse 3 zu verkaufen. Daselbst für Klasse 2 zu kaufen gesucht.
2889) Heinrichstraße 17a.

Fast neues Bett und getr. Anzüge (2893
billig zu verkaufen. Schildstraße 5.

---

400 Pfund Magnum-bonum-Pflanzkartoffeln u. eine **Mädchen-Sommerjacke** zu verkaufen.
2804) Bei der Lohmühle 19.

B. Morgenstern,
Alt-Kleiderhandlung, (2818
Marlesgr. 28, sonst Balauerfohr 19.

1274) Kaufe jeden Posten
ausgekämmtes Haar.
Herm. Klempau
Ludwigstr. 38 u. Untertrave 20, II.

Holsten-Meierei
Fernruf 2336 **Wickedestr. 44**
empfiehlt **alle Meiereiprodukte** in bekannter Güte.

Geschäfte, welche **Niederlagen** übernehmen wollen, werden gebeten, sich zu melden. (126

Verlobungsringe, Taschenuhren, Wanduhren, (2780
Goldwaren, Silberwaren empfiehlt bill.
Willi Westfehling,
32 Holstenstrasse 32